

Die Europawahl am 12. Juni 1994 in München im Raum- und Zeitvergleich (I)

1. Einleitung und Überblick

1.1 Das Europa-Parlament im Wandel

Am 12. Juni 1994 fanden zum viertenmal Direktwahlen statt für die Abgeordneten des Europaparlamentes. Vor diesem direkt durch die Wähler bestimmten Abgeordnetenhaus hatte, um die vielen Zeitgenossen heute schon nicht mehr erinnerliche Realität noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, bereits seit 1958 eine Versammlung von Vertretern der damaligen drei Europäischen Gemeinschaften (EWG, EGKS, EURATOM) bestanden. Die zuletzt 198 Mitglieder¹⁾ sind vor der ersten direkten Europawahl am 10. Juni 1979 indirekt aus den jeweiligen nationalen Abgeordnetenhausern der sechs Urstaaten der heutigen EU berufen worden. Mit der Direktwahl des Europa-Parlamentes wurde auch die Anzahl seiner Angehörigen kräftig erhöht, um seine Basis zu verbreitern. Durch die Beitritte weiterer Staaten zur EG erhöhte sich die Summe der Abgeordneten, die im groben Ausmaß von der Wahlberechtigtenanzahl der Mitgliedsländer abhängt²⁾, bei der zweiten und dritten Wahl, wie Tabelle 1 zeigt. Dagegen stieg sie ohne Zunahme der Mitgliedsstaaten bei der vierten infolge der Wiedervereinigung an sowie wegen der ihr für das Europa-Parlament folgenden Anpassung der Mandatsträgerzahl nach oben auch in verschiedenen anderen Ländern. Mit der bevorstehenden Erweiterung der EU von 12 auf 16 Staaten wird sich auch die Abgeordnetenanzahl weiter vermehren.

¹⁾ Vgl. die zeitliche Übersicht in: Statistisches Bundesamt: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1979. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse, Reihe: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 7, bes. S. 7.

²⁾ Vgl. die Übersicht in: Statistisches Jahrbuch 1992 für das Ausland, Wiesbaden 1992, bes. S. 45 für die damalige Zusammensetzung sowie für den Zeitpunkt der ersten Direktwahl, die in Fußnote 11 genannte Broschüre; sehr bald ist eine neueste Wiedergabe durch das Bundesamt zu erwarten.

1.2 Die Untersuchungsthemen des Artikels

Die jetzt erreichte Ausdehnungsphase der Europa-Union läßt es fachlich sinnvoll erscheinen, die bisherige Entwicklung bis zum jetzigen Stand in den wahlstatistischen Ergebnissen übersichtlich wiederzugeben, so wie schon in einem früheren Verlaufsbericht des Amtes³⁾ die Resultate der Bundestagswahlen seit 1972 geschildert wurden. Auch das Statistische Bundesamt hat, nachdem die Zahlen von immerhin vier Europawahlen vorliegen, die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nach Alter und Geschlecht in einem zeitlichen Überblick⁴⁾, neben dem üblichen Bericht der Wahlergebnisse⁵⁾, auf den sich im folgenden für die Bundesrepublik gestützt wird, Revue passieren gelassen. Mit der Wiedergabe der Wahlergebnisse auf Bundes- und Länderebene⁶⁾ sowie in einer Anzahl von Vergleichsstädten in Kapitel 2 ist auch ein Rahmen gegeben, in dem sich die Münchener Resultate auf örtliche Übereinstimmungen mit Stand und Entwicklung in anderen Gebieten wie auf Besonderheiten untersuchen lassen. Derselbe Vergleich erfolgt dann in Kapitel 3 aus demselben Grund für die verschiedenen großen Großstädte, die schon seit langem auf diversen Teilgebieten der Städtestatistik untersucht werden; es handelt sich dabei um jetzt 14 Städte mit etwa 500 000 Einwohnern und mehr. Wegen des teilweise Neuerungscharakter aufweisenden Vergleich wenigstens für hiesige Leser ist diesmal eine eingehende Betrachtung des Themas erforderlich, so daß Teil I des Artikels, in diesem Heft, damit beendet ist. Der übliche innerörtliche, kleinräumige Raum- und Zeitvergleich erfolgt im nächsten Heft als Teil II. Im vierten Kapitel werden die Wahlzahlen von München räumlich detaillierter untersucht, nämlich nach Stadtbezirken, um auch auf dieser räumlichen Ebene Gemeinsamkeiten wie Unterschiede erkennen zu können. Dabei sollen nach dem reinen Berichten der Ergebnisse, die schon ein paar Tage nach der Wahl in der Presse nachzulesen waren, wie von einer Fachverfahren nicht gänzlich ausschließenden Zeitschrift zu erwarten, auch die in

³⁾ Die Entwicklung der Bundestagswahlergebnisse in München seit 1972, in: Münchener Statistik, Heft 12/1990, S. 588 ff.

⁴⁾ Statistisches Bundesamt: Europawahl 1994 – Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1994, S. 489 ff.

⁵⁾ Statistisches Bundesamt: Vierte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland, Ebenda, S. 483 ff.

⁶⁾ Es übersteigt die personellen Möglichkeiten und Aufgaben, ein so detailliertes Auswerten der Ergebnisse auf höherer räumlicher Ebene wie für die Stadt durchzuführen und damit evtl. zu weiteren Erkenntnissen auch für diese zu kommen; die Resultate wenigstens sollen aber zum Beobachten von längerjährigen örtlichen Eigentümlichkeiten wie auch dem allmählichen Auslaufen der parteipolitischen Sonderrolle Münchens in Bayern gebracht werden.

einigen früheren Untersuchungen des Amtes⁷⁾ eingeführten Bearbeitungen der Zahlen mit dem fachlichen Verfahren der Streuungsanalyse erfolgen. Auf weitere, in der Fachstatistik längst gebräuchliche Methoden wie die Ballungs-, die Korrelations- und die Faktorenanalyse muß hier gänzlich verzichtet werden, weil die Zeit, d. h. die personelle und sachliche Kapazität, fehlt.

Nach diesen Berechnungen in Kapitel 5 werden im drittletzten Hauptkapitel, dem sechsten, wie üblich die Ergebnisse der Briefwahl gesondert berichtet und kurz untersucht, die sich als Teilbestandteil von dem für die gesamte Wählerschaft regelmäßig unterscheiden. Wie in vielen anderen Gemeinden fand auch in München am selben Tag der Europawahl eine Kommunalwahl statt⁸⁾, und zwar die des Stadtrats⁹⁾. Sie war eine örtliche Besonderheit, infolge der ungünstigen Entscheidung über die Zulassung bzw. den Ausschluß einer Liste von der Wahl durch andere Bewerber notwendig geworden, die vor der turnusgemäßen Veranstaltung von 1990 rechtswidrig erfolgt war¹⁰⁾. Wegen des Zusammenfallens zweier Wahlen an einem Tag bietet sich, selten genug, die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Wählerverhalten bei den Stimmabgaben auf zwei verschiedenen Ebenen zu untersuchen; meist kann nur bei einer Trennung von Erst- und Zweitstimmen für ein und dieselbe Wahl das sog. Stimmensplitting erfaßt werden, das Abweichungen zwischen Abgeordneten- und Parteiergebnissen zum Ausdruck bringt. Jetzt lassen sich einmal die Beurteilungen von Parteien auf verschiedenen Ebenen durch die Wähler miteinander vergleichen, was in Kapitel 7 geschieht. Das abschließende, achte Kapitel bringt eine kurze Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse wie auch einen Ausblick auf weitere Arbeitsfelder.

1.3 Eigentümliche Aspekte der Europawahl 1994

Bevor sich den einzelnen materiellen Kapiteln zugewandt wird, sollen noch einige zahlenmäßig kaum

erfaßbare, aber für die Stimmung und damit für die Ergebnisse der Wahl einflußreiche Umstände berichtet werden. Zwei Unterschiede mit Wirkung für die Ergebnisse der Wahlberechtigtenanzahl und der Zahl der Gewählten wurden bei der letzten Europawahl erstmals schon im Vorfeld breiter erörtert, auch außerhalb der traditionellen Politikerkreise. Zum einen erhöhte sich bei dieser Wahl nicht, wie vorher, die Zahl der zu vergebenden Mandate durch Beitritte weiterer Länder zum Kreis der neun in der ersten Direktwahl, sondern die Abgeordnetenverteilung auf die verschiedenen Staaten wurde im Wege einer Aufstockung der Gesamtzahl mit nicht bestandsproportionalen Zuwächsen geändert (siehe Tab. 1). Auffälligster Unterschied zur vorletzten Europawahl ist die Zunahme der Abgeordnetenzahl für die Bundesrepublik Deutschland, die infolge der räumlichen und bevölkerungsmäßigen Erweiterung zwischen beiden Wahlzeitpunkten – Wiedervereinigung am 3. 10. 1990 – nicht zu umgehen war, wenn die Summe der Vertreter eines Landes positiv von der Anzahl seiner Wahlberechtigten abhängen sollte. Weil die Verteilung aller Mandate auf die Mitgliedsländer der EU aber nicht nach festen mathematischen Regeln wie etwa bei Wahlen in nationalem Rahmen geschieht, sondern Ergebniss politischer Aushandlungen ist¹¹⁾, wurden auch die Abgeordnetenzahlen der nächstgrößeren Staaten sowie besonders der Niederlande angepaßt. In welchem Verhältnis die Anzahl von Mandaten einzelner Länder zu der ihrer Wahlberechtigten steht – soweit bekannt –, kann der interessierte Leser anhand der entsprechenden absoluten Beträge in den Jahrbüchern des Statistischen Bundesamts selbst berechnen. Sowohl wegen bevorstehender Erweiterungen der Europäischen Union wie auch evtl. wegen abweichender Bevölkerungsentwicklungen in den einzelnen Mitgliederstaaten lassen sich für die kommenden Wahlen weitere Änderungen der Abgeordnetenzahlen erwarten.

Zum anderen waren bei der jetzigen Europawahl erstmals auch Ausländer aus anderen EU-Staaten in einem Mitgliedsland wahlberechtigt, wenn sie dort wohnhaft waren und einen Antrag im Gastgeberland gestellt hatten; sie konnten allerdings auch weiter, wie bisher, ihr Wahlrecht allein im Heimatland ausüben. Die Dauer, die Anmeldefrist und die Beschweris des Antragsverfahrens waren Gegenstand einer Diskus-

⁷⁾ Die Europawahl am 18. Juni 1989 in München, in: Münchener Statistik, Heft 6/1989, S. 341 ff. Die Münchener Kommunalwahl vom 18. März 1990, Ebenda, Heft 3/1990, S. 83 ff. Die erstgenannte Untersuchung wird im folgenden auch als Vorgängerartikel behandelt.

⁸⁾ Vgl. die Zusammenstellung der Termine in verschiedenen Bundesländern in: Der Staatsbürger, Beilage der Bayerischen Staatszeitung, Nr. 5, Mai 1994, bes. S. 3. Ähnliche Veröffentlichungen fanden sich auch in der Tagespresse.

⁹⁾ Die Kommunalwahl in München am 12. Juni 1994, in: „Münchener Statistik“, Heft 6/1994.

¹⁰⁾ Vgl. schon den seinerzeitigen Hinweis in: Die Münchener Kommunalwahl . . . , a. a. O., bes. S. 83.

¹¹⁾ Vgl. die Wiedergabe der sehr voneinander abweichenden Beträge der Einwohner je Abgeordneten zum Zeitpunkt der ersten Direktwahl in: Mitteilungen und Bekanntmachungen des Landeswahlleiters des Freistaates Bayern: Europawahl von A bis Z. Begriffe – Daten – Zahlen, München 1979, bes. Tab. 1.1 sowie für die letzte in: Statistische Monatsberichte Bremen, Heft 2/3 1994, S. 53 ff., bes. S. 53.

sion in dem an diesem Thema interessierten Teil der Öffentlichkeit. Aus welchem Grund auch immer entschlossen sich nur sehr wenige Ausländer aus EU-Staaten zur Wahlteilnahme im Gastgeber-Land. In München z. B. belief sich, trotz gleichen Stichtags für die Wahlberechtigung vor der Wahl, für Europaparlament und Stadtrat, die Anzahl der Berechtigten bei der Europawahl nur auf 6 169 mehr als bei der Kommunalwahl, nämlich auf 850 746 Personen anstelle von 844 577, d. h. 0,7% mehr, obwohl 56 801 EU-Ausländer im wahlberechtigten Alter in der Stadt lebten. Vor übertriebenen Hoffnungen auf eine hohe Wahlteilnahme der berechtigten Ausländer in ihrem Gastland hätte ein Blick auf die Erfahrung in den nordischen Ländern und in den Niederlanden bewahren können, in denen schon seit einiger Zeit ein Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene besteht¹²⁾; die Anteile der abgegebenen Stimmen an der Berechtigtenzahl liegen dort, bei sinkender Tendenz, deutlich unter denen der Inländer, seit Beginn des Wahlrechts, wenn auch weit höher als bei der Wahl für das Europa-Parlament z. B. in München. Wegen der ungleichmäßigen Verteilung auch der wahlberechtigten Ausländer über die Stadtbezirke müssen Ausmaß und Verhältnis der Unterschiede zwischen beiden obengenannten Berechtigtenesamtheiten aber in kleinerräumiger Betrachtung nicht übereinstimmen; auf dieses Thema wird im siebten Kapitel näher eingegangen.

Für die diesjährige Europawahl war, neben den erwähnten beiden Eigentümlichkeiten auf der Wahlberechtigten- und der Gewähltenseite, charakteristisch, daß sie in der Bundesrepublik die allseits schon vorher beachtete und erörterte Einleitung zu einer ganzen Serie von Wahlen im sog. Superwahljahr 1994 war. Außer der ebenfalls bundesweiten Wahl zum Bundestag am 16. 10. 1994 finden im laufenden Jahr nicht weniger als sieben Stimmabgaben zu Landtagen und weiter noch neun Wahlen auf kommunaler Ebene in landesweitem Rahmen statt, neben den neuen Bundesländern auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland am selben Tag wie die Europawahl, von solchen örtlichen Sonderfällen wie in München ganz abgesehen. Eine gewisse Vorausinformation für die Ergebnisse späterer Wahlen wurde der Europawahl in Politikerkreisen verbreitet zugemessen und entsprechend stieg auch deren Interesse an der Wahl. Im Bundesland Bayern kam noch hinzu,

¹²⁾ Koch-Arzberger, C.: Wahlverhalten von Ausländern – Chance oder Gefährdung der Demokratie? In: Starzacher, K. u. a. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln 1992, S. 113 ff., bes. S. 126, mit weiteren Literaturhinweisen.

daß die seit langem unangefochten dominierende Partei wieder einmal von anderen Gruppen abzulösen gesucht wurde bei der zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels schon stattgefunden habenden Landtagswahl am 25. 9. 1994. Hier wiederholt sich also in etwa die schon im Vorgängerartikel geschilderte Situation von 1989/90, als die Europawahl 1989 nach dem Tod des langjährigen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten der regierenden Partei im Oktober 1988 die erstgenannte Wahl war, die deshalb mit Spannung auf das nun zu erwartende Ergebnis als Indikator für im dann folgenden Jahr anstehende Landtagswahl betrachtet wurde. Auch diesmal stand ein neuer Ministerpräsident vor seiner Bewährungsprobe im ersten Wahlkampf.

Als Wahlkampfthemen und Augenmerke von Teilnehmern wie Beobachtern und Kommentatoren dienten, teils schon länger im Vorfeld der Wahl, verschiedene Felder, wie das Aufgeben nationaler Hoheitsrechte zugunsten der EU durch den Maastrichter Vertrag von 1991, der Zuzug von Asylbewerbern in die Bundesrepublik, die allgemeine Lage in Deutschland, wie sie sich nach der Wiedervereinigung entwickelt hat, die in den letzten Jahren nachlassende Teilnahme der Wahlberechtigten an den Wahlen sowie die zu erwartenden Anteile von verschiedenen Parteien, bes. sog. Protestparteien, am Wahlergebnis. Dieses letztgenannte Thema hatte im In- wie Ausland Interesse gefunden, nachdem bei der Europawahl von 1989 die erstmals kandidierenden Republikaner immerhin 7,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Bundesebene erreicht hatten, nicht weniger als 14,6 Prozent in Bayern und sogar 14,9 Prozent in München, ihrem Zentrum.

Damit auch der örtliche Bezug und Vergleich gegeben ist zu dem folgenden Bericht über die Ergebnisse auf höherer und gleichgeordneter staatlicher Ebene, seien schon einmal, wie im Vorgängerartikel, die Resultate der letzten Wahlen in München wiedergegeben (s. Tab. 2). Ergänzend zu der früheren Untersuchung wurden diesmal, einer neueren Blickrichtung der Wahlstatistik gemäß, nicht nur wie üblich die Anteile bestimmter Parteien an den Wahlberechtigten wiedergegeben, sondern auch an den Wahlberechtigten, um erkennen zu können, welche Quote der Stimmberechtigten überhaupt noch von den verschiedenen Gruppen zur Stimmabgabe für sie gebracht werden kann. Dieses Verfahren ergibt gerade bei der Wahlbeteiligung an Europawahlen erheblich niedrige Anteile als das schon seit sehr langem gebräuchliche; so kann selbst die in Bayern fast immer und überall obsiegende Partei nur etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten auf

sich vereinigen, die minderen Parteien entsprechend weniger. Die Berechnungsweise wird inzwischen auch in einer offiziellen Publikation des Freistaates angewendet¹³⁾, kann also nicht mehr auf örtlicher Ebene als neu und nicht für Politiker gebräuchlich und brauchbar abgelehnt werden.

Auch im weiteren Verlauf des Artikels wird im angebrachten Fall auf verschiedene, für ein nicht nur oberflächliches Verständnis des Wahlberechtigten- und Wählerverhaltens erforderliche Neuerungen im Untersuchungsstoff hingewiesen, auch wenn sie nicht alle schon auf einmal zur Gänze realisiert werden können; Entscheidungskriterium ist dabei der Gebrauch in der Bayerischen Staatszeitung, dem Bayerischen Rundfunk oder in den Publikationen anderer Städte zum Thema. Wirklichkeitsnah ist für eine verbreiterte und vertiefte Erkenntnis, wie auf einem anderen Arbeitsgebiet des Verfassers, nämlich der Wohnungsstatistik, nur ein stufenweises Vorgehen, bis sich im Städtevergleich mit besser ausgestatteten Ämtern vorzeigbare Ergebnisse einstellen. Solche Verfahren sollten nicht nur von externen Autoren für spezielle Themen angewendet werden können, sondern zum Verbreitern und Vertiefen der Realitätskenntnis für den interessierten Leser auch im Hause selbst.

2. Die Wahlergebnisse auf Bundes- und Landesebene

Wie andere Ereignisse, seien es solche von Natur- oder Geisteswissenschaften beobachtete, erfolgt eine Wahl mit einem bestimmten Einsatz und hat bestimmte Ergebnisse, deren Folge (Input und Output in volkswirtschaftlichen Begriffen oder Einsatz und Ausstoß in deutscher Sprache). Als Einsatz (Potential), der ein gewisses Resultat ergeben kann und um dessen bestmögliche Nutzung für sich selbst die verschiedenen Nutzer konkurrieren, ist die Zahl der zur Wahlentscheidung Berechtigten anzusehen, das Potential wie etwa die Arbeitskräfte oder die Kapitalgüter in einer Volkswirtschaft¹⁴⁾. Den maximal ausschöpfbaren

¹³⁾ Bayerische Staatszeitung, Nr. 38 vom 23. 09. 1994, bes. S. 2.

¹⁴⁾ Fachkollegen wird klar sein, daß sich hinter einer solchen, mit volkswirtschaftlichen Begriffen und, wenn möglich, Verfahren vorgehenden Untersuchung eine neoklassische Sicht des politischen Prozesses und seiner Ausgangsfaktoren verbirgt. Nach ihr streben die Parteien danach, möglichst viel Stimmen zu erreichen – bei dieser oder jener Ausschöpfung – wie etwa die Unternehmen einen möglichst hohen Gewinn oder die Haushalte einen möglichst hohen Nutzen aus ihrer Tätigkeit. Die Literatur zum Thema beginnt seit etwa zwei Jahrzehnten Bücherregale zu füllen; die klassischen Autoren sind Schumpeter, Downs oder Olson und am ehesten populärwissenschaftliche Übersichten für den allgemeinen Leser stammen von Frey (Frey, B. S.: Moderne politische Ökonomie, München–Zürich 1977; Derselbe: Ökonomische Theorie der Politik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 5, Stuttgart–Tübingen–Göttingen 1980, bes. S. 658 ff.).

Rahmen für die Parteien gibt die Anzahl der Wahlberechtigten wieder, aus der ihnen aber erfahrungsgemäß nur die Nutzung eines wechselnden Teils gelingt, bei einer Wahlbeteiligung unter 100 Prozent. Es ist fachlich dringlich geboten, einmal Anzahl und Struktur der Wahlberechtigten, etwa nach Alters- und Geschlechtszusammensetzung, zu untersuchen – nachdem ein weiterer Einflußfaktor, nämlich die Wahlbeteiligung, seit einigen Jahren schon verstärktes Interesse der Wahlstatistiker gefunden hat –, weil beide Größen auf allen Ebenen im Zeitablauf nicht konstant bleiben, sondern sich geändert haben und weiter ändern werden. Hier muß zumindest auf das dringende Untersuchungsthema hingewiesen werden. Daß es sich also bei einer solchen nutzungs- und produktionsorientierten Betrachtung von Wahlen und des politischen Prozesses allgemein nicht um ein weltfremdes theoretisches Vorgehen handelt, sondern „nur“ um ein praktisch beobachteten Verhältnissen angemessenes Untersuchungsverfahren angemessenes, zeigen die allgemein bekannten Fälle aus der Erfahrungswelt um die zumindest auch unternehmensentsprechende monetäre Zielorientierung von Politikern und ihren Gruppierungen, anscheinend allseits ohne Berücksichtigen externer Effekte. Je höher die Stimmergebnisse ausfallen, desto größer sind die Möglichkeiten zur Einkommensmaximierung.

Die erste wichtige Größe für die fachliche Beurteilung von Bestimmungsfaktoren und Ergebnissen einer Wahl bildet die Anzahl der zu ihr Berechtigten. Die Zahl der Wahlberechtigten ist, gleich auf welcher Ebene, nicht konstant, sondern ändert sich im Laufe der Zeit und zwar im allgemeinen in verschiedenem Maße regional und lokal.

2.1 Die Anzahl der Wahlberechtigten

Inzwischen kann es als allgemein bekannt gelten, daß sich die Alterszusammensetzung des deutschen Volkes im Vergleich zu früheren Jahrzehnten stark geändert hat, was allerdings außer für den Fall einer stationären Bevölkerung prinzipiell nichts Neues ist, ebenso wird sie in der absehbaren Zukunft weiter kräftigen Bewegungen, im Sinne zunehmenden Anteils der älteren Jahrgänge und später wohl auch sinkender Anzahl, unterliegen. Unvermeidlich wird sich mit den verschiedenen Stärken der einzelnen Jahrgänge und Jahrgängen auch die Gesamtzahl der Bevölkerung ändern, so wie schon bisher. Wenn auch das genaue Ausmaß der zukünftigen Einwohnerzahl

in bestimmten Stichjahren – auf Ebene der Bundesstatistik inzwischen bereits die Jahre 2030 und 2040 – sich nicht mit vollständiger Sicherheit prognostizieren läßt, so ist die Tendenz doch seit einiger Zeit klar. Auf diese Schwankungen und Trends ist hier nicht weiter einzugehen, aber die Konsequenzen für das Wählerpotential sind aufzuzeigen. Logische Folge der erwähnten Änderungen in der Bevölkerungsanzahl sind die sich mit ihr vollziehenden Bewegungen in Summe und Zusammensetzung der Wahlberechtigten, i. S. eines auf absehbare Zeit immer weiter sinkenden Jungwähler – und steigenden Seniorenanteils. Hier soll wenigstens die erstgenannte Maßzahl, der Globalbetrag der Wahlberechtigten, untersucht werden, als Ansatz zu einer Potentialanalyse wie etwa in der volkswirtschaftlichen Makrotheorie. Dagegen ist aus Raum- wie Zeitgründen eine Untersuchung mit altersklassen- und geschlechtsspezifischem Wahlverhalten, wie sie die repräsentativen Wahlstatistiken auf allen Ebenen immer wieder zeigen, d. h. ein Betrachten der Zusammensetzung des Wählerpotentials hier nicht zu schaffen ist.

Auf die Änderung der Wahlberechtigtenanzahl wurde schon im Vorgängerartikel (Abschnitt 1.1) für die Wahlen von 1984 und 1989 kurz eingegangen; es hatte sich bereits in diesem Beitrag eine nicht nur zahlenmäßig nach Bundesländern voneinander abweichende Bewegung herausgestellt, sondern in zwei Fällen (Bremen, Saarland) für den kurzen Untersuchungszeitraum sogar verschiedenartige, im Gegensatz zum damals noch weiter verbreiteten Anstieg der Wahlberechtigtenanzahlen. Die Berechtigtenbeträge für die vier bisherigen Europawahlen lassen sich Tabelle 3 entnehmen. Zum Verständnis eines Sonderfalls ist zu beachten, daß, die Wahl von 1989 noch eingeschlossen, die Bewohner von West-Berlin kein Wahlrecht zum Europa-Parlament besaßen, weil diese Stadt keinen Bestandteil der Bundesrepublik bildete, wenn sie auch in engen Beziehungen zu ihr stand; die drei Berliner Abgeordneten von den insgesamt 81, die der Bundesrepublik zustanden, wurden in indirekter Wahl bestimmt.

Betrachtet man sich die Wahlberechtigtenanzahlen in Tabelle 3, so fällt als erstes der Sprung im Jahre 1994 auf, als durch die erstmalige Berechtigung zur Teilnahme an Europawahlen für die Einwohner von sechs Bundesländern die Summe der potentiellen Teilnehmer um etwa 13,5 Millionen stieg. Der Zuwachs durch die Wiedervereinigung war auch für die Wahlsituation im alten Bundesgebiet, besonders in Bayern, nicht unbeachtlich, sondern wurde in Politiker- und Beobachterkreisen diskutiert. Weil die Fünf-Prozent-

Sperrklausel als Bestimmung des bundesdeutschen Wahlrechts die Teilnahme von Parteien im Parlament regelt, war die Möglichkeit zumindest logisch nicht ausgeschlossen, daß die CSU nicht mehr in der Abgeordnetenversammlung vertreten sein könnte. Als Partei, die nur in einem Bundesland besteht, stieg für sie die Untergrenze von fünf Prozent aller Wähler in absoluten Einheiten kräftig an, wenn die Wahlbeteiligung in etwa gleich blieb. Kein Wunder ist es auch, daß also auch die Frage der Wahlbeteiligung, die neben der Bevölkerungsanzahl und Altersgliederung entscheidend für das Wählervolumen ist, gerade in Bayern relativ stark erörtert wurde, von den allgemeinen Diskussionen über dieses Thema (s. den folgenden Abschnitt) ganz abgesehen. Als ein eventueller Weg zum Überspringen der nun weit höheren – um etwa 30 Prozent – Latte wurde in der von ihr betroffenen großen Partei¹⁵⁾, teils auch außerhalb von ihr, im Vorfeld der letzten Europawahl die Frage einer Ausdehnung in andere Bundesländer fachlich wie politisch erörtert, um im Wählerpotential nicht mehr so stark räumlich begrenzt zu sein. Wohl wegen nicht auszuschließender Folgewirkung im Verhalten einer anderen Partei war die Antwort aber letztlich negativ und das Wahlergebnis enthob dann die CSU ohnehin dieser möglichen Sorgen.

Nach diesem regionalen Sonderfall des Gewichts von Wahlberechtigtenzahlen für das Wahlergebnis sei sich den räumlich wie zeitlich allgemeinen Aspekten dieses Unterthemas zugewendet. Wie beim zweiten, genaueren, Blick auf die Tabelle 3 auffällt, haben sich die Berechtigtenbeträge in den verschiedenen alten Bundesländern nicht gleichmäßig über die Zeit entwickelt, sondern in teils nicht nur dem Ausmaß, vielmehr auch der Richtung nach abweichender Weise, schon bei so großen räumlichen Einheiten wie ganzen Ländern. Es ist zu vermuten und wird sich bestätigen, daß diese Auseinanderentwicklungen in der Bewegung gerade in kleinerer räumlicher Untersuchung noch ausgeprägter ausfallen (s. Abschnitt 3.1 für München im Bayern-Vergleich). Durchschnittlich nahm das Wählerpotential zwischen 1979 und 1994 um 9,8 Prozent zu, jedoch lief die Entwicklung räumlich differenziert ab, schon in einem für Bevölkerungsanalysen relativ kurzfristigen Zeitraum (1984/1989), und, deswegen gerade nicht überraschend, in der jetzigen, allgemein bekannten Umbruchphase des Verlaufs.

In zwei der alten Bundesländer, den beiden Stadtstaaten Norddeutschlands, sank die Wahlberechtigtenan-

¹⁵⁾ Für die mittelgroße, auch in Bayern vertretene Partei, die SPD, stellte sich die Frage eines Scheiterns an dieser Hürde nicht, weil sie infolge ihres Bestehens in der gesamten Bundesrepublik nicht mit einer solchen räumlichen Begrenzung des Wählerpotentials zu rechnen hatte.

zahl netto über die vier Europawahlen hin und auch im Saarland wies die Richtung seit der zweiten Wahl nach unten. Hier bestimmen Schrumpfungsraten das Bild. Für die Flächenländer waren über den Gesamtzeitraum überall Nettozuwächse zu verzeichnen und dabei in etwa durchschnittlicher Höhe in den beiden ausgedehnten und dünnbesiedelten Staaten um die zwei erwähnten Hansestädte, ausgeprägte Solitärstädte wie etwa auch München (s. Abschnitt 3.1), was schon auf Wanderungsbewegungen in die Fläche hindeutet. Auf einen ganz ähnlichen Betrag belief sich der Anstieg in Rheinland-Pfalz, während er nur noch im unterproportionalen Ausmaß in Hessen und besonders im größten Bundesland der Fall war. Besonders stark nahm das Wählerpotential in den beiden großen süddeutschen Bundesländern zu; dabei übertraf sein Wachstum, über die 15 Jahre hingesehen, in Baden-Württemberg mit 14,8 Prozent noch das in Bayern mit 13,5%. Wie sich allerdings beim letztgenannten Länderpaar zeigt, verläuft die Entwicklung nicht gleichmäßig über die Zeit, was Kenner der jüngeren Wirtschafts- und Bevölkerungsgeschichte nicht verwundern muß. Während von der ersten bis zur dritten Europawahl der Berechtigtenbetrag in Baden-Württemberg so stark im Vergleich zu Bayern wuchs, daß sich über die vier Termine insgesamt hinweg ein stärkerer Anstieg ergibt, nahm sie zwischen der vorletzten und der jetzigen im letztgenannten Bundesland absolut wie auch relativ etwas mehr zu; hier kommt offensichtlich die im Bundesvergleich späte und deswegen erst jetzt durchschlagende Entwicklung des Freistaats zum Ausdruck. In Niedersachsen läßt sich, umgekehrt zum Fall von Baden-Württemberg, zwischen 1989 und 1994 ein absolut wie relativ beschleunigtes Wachstum feststellen, während der Zuwachs in Nordrhein-Westfalen wie in Hessen im Zeitablauf immer kleiner wurde, verglichen mit den Änderungen noch zu Anfang des Untersuchungszeitraums. Die Einflußfaktoren auf diese Verläufe, die sich aus der natürlichen wie der Wanderungsbewegung für die Bevölkerungszahl ergeben, sind sicher eine Arbeit wert, zudem sie schon das Interesse populärer Medien zu finden beginnen, wie des Bayerischen Rundfunks¹⁶⁾ und im Rahmen der Bundesstatistik schon seit langem untersucht werden¹⁷⁾, nämlich seit der ersten Bundestagswahl. Hier ist wenigstens im ersten Abschnitt des Folgekapitels auf Städtevergleiche und Prognosen einzugehen.

¹⁶⁾ Interview mit VDir Huß vom Statistischen Amt München Anfang September 1994.

¹⁷⁾ Statistisches Bundesamt: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1979, a.a.O., bes. S. 18.

2.2 Die Wahlbeteiligung

Stärker als die Änderung der Wahlberechtigtenanzahl wurde in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit, gerade auch in Bayern vor der jetzigen Europawahl, die Wahlbeteiligung erörtert. Die vorletzte Europawahl war durch einen sehr starken Anstieg in der Teilnahme gekennzeichnet, auf ein freilich immer noch, gegenüber den Ergebnissen bei Bundes- und Landtagswahlen, niedriges Niveau. Danach hatte die Nutzung der Wahlmöglichkeit durch die Berechtigten bei den folgenden Wahlen auf verschiedenen Ebenen stärker nachgelassen, verbunden mit einer in den Medien behandelten gewissen Unlust an den Darbietungen der Darsteller auf politischer Bühne („Politikverdrossenheit“). In diesen Kreisen erregte das Thema der Wahlteilnahme, die lange Jahre als quasi selbstverständlich angesehen worden war, Betroffenheit und neben Appellen zur Beteiligung wurden auch Sammelbände und Monographien über das Gebiet veröffentlicht¹⁸⁾. Im fachlichen Rahmen wurde das Untersuchungsobjekt ebenfalls stärker bearbeitet als früher; so wurde vom Stuttgarter Statistischen und Wahlamt schon frühzeitig eine Umfrage über Nichtteilnahmegründe unter 20 304 Wahlberechtigten veranstaltet¹⁹⁾ und inzwischen ausführlich ausgewertet²⁰⁾. Auch in München wurde das Thema wenigstens in einer Zeitübersicht behandelt²¹⁾, wenn auch aus Kapazitätsgründen auf sehr stark aggregierter Ebene (Bundestagswahlkreise), nachdem es im Vorgängerartikel (Abschnitt 1.2) zu dem jetzigen Beitrag für nur zwei Wahlen (1984 und 1989) angesprochen worden war.

Hier kann keine Ursachenforschung über Interessenschwankungen und -trends an Wahlen betrieben werden, aber Unterschiede können geschildert werden; die Zahlen lassen sich Tabelle 4 entnehmen. In nun schon längerfristiger Betrachtung, über vier Wahlen hinweg, verringert sich die zeitliche Enge des Blicks und damit die Unkenntnis gegenüber einer Beschränkung des Betrachtens von nur zwei. Zum einen wurde bei der ersten Europawahl im Zeitvergleich ein bei keiner späteren bisher mehr erreichter Spitzenwert der Beteiligung auf dieser Wahlebene in

¹⁸⁾ Starzacher, K. u. a. (Hrsg.): Protestwähler . . . a.a.O.; Feist, U.: Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen, München 1994.

¹⁹⁾ Landeshauptstadt Stuttgart; Statistisches Amt: Wähler und Nichtwähler-Schlüsselfiguren in unserem poliischen System, in: Statistischer Informationsdienst, Nr. 9/1990.

²⁰⁾ Dieselben: Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung am Beispiel der Bundestagswahl 1990 in Stuttgart, Ebenda, Sonderheft 1/1994.

²¹⁾ Die Entwicklung der Bundestagswahlergebnisse in München seit 1972, in: Münchener Statistik, Heft 12/1990, S. 588 ff., bes. S. 588 f.

der Bundesrepublik realisiert. Der Rekordbetrag in der Aktivierung des Wählerpotentials überhaupt wurde bei der Bundestagswahl 1972 aufgestellt, mit 91,1 Prozent auf Bundesebene²²⁾; im Vergleich dazu belief sich im Durchschnitt des alten Bundesgebiets schon bei der letzten dieser Wahlen²³⁾ – auch ohne Berlin, wegen der räumlichen Identität bei der Gegenüberstellung – das Beteiligungsverhältnis nur noch auf 78,4%, also auf fast genau denselben Wert wie am Anfang. Zum besseren Verständnis dieser Anteile in bezug auf den Wahlberechtigtenwillen sei ergänzend zu den Ausführungen in den beiden genannten Büchlein zum Thema auf die Teilnahme in einem Nachbarland mit ähnlicher politischer Vergangenheit und gesellschaftlicher Entwicklung bis in die Gegenwart, nämlich Österreich, eingegangen, in dem teilweise Wahlpflicht besteht²⁴⁾. In diesem Bundesstaat betrug die Wahlbeteiligung²⁵⁾ bei der letzten jähbuchmäßig erfaßten Nationalratswahl²⁶⁾, der am 7. Oktober 1990, nicht weniger als 86,1 Prozent, und der Spitzenwert, am 9. Oktober 1949, also fast zeitgleich mit der ersten deutschen Wahl auf Bundesebene, sogar 96,8%. Der Trend der Wahlteilnahme weist seitdem in Österreich unter kleineren Schwankungen nach unten, während er in der Bundesrepublik eher bogenförmig verlief, mit dem Höchstbetrag 1972, wie schon erwähnt. Aufschlußreich für das Wahlberechtigtenverhalten bei Freiwilligkeit ist die Tatsache, daß der Unterschied zwischen den Quoten in beiden Ländern im Lauf der Jahre immer kleiner geworden ist. Während der Differenzbetrag 1949 noch 18,3 Prozent ausmachte, so schrumpfte er 1971 (Österreich mit 92,4%)/1972, bei einer einmaligen politischen Mobilisierung in der Bundesrepublik, auf nur 1,3 Prozent und ist bis 1990 auf 7,6 Prozent, also im Trend eindeutig und weit geringer geworden. In den vier österreichischen Bundesländern mit Wahlpflicht lagen die Teilnahmequoten 1990 bei 89,9% (Kärnten), 93,1% (Steiermark), 90,9% (Tirol) und 93,4% (Vorarlberg), d. h. deutlich höher als im österreichischen und deutschen Durchschnitt; sie liegen etwa in Höhe des bundesdeutschen Sonderfalls bei Teilnahmefreiheit und da, wo sie

bei bestehenden nicht-politischen Hindernissen (Gebrechlichkeit, Vierteljahressperrfrist für Ansässigkeit, Verziehen oder Tod zwischen Wahlbenachrichtigung und -termin usw.) maximal kaum höher möglich sind²⁷⁾ für die Beteiligung freier Menschen. In den Bundesländern ohne Wahlpflicht betrug das Verhältnis 83,2 Prozent, bei starkem Unterschied zwischen der Zentralstadt Wien und den anderen Bundesländern ohne Wahlpflicht, in denen sie mit 87,2 Prozent nicht sehr verschieden von den vier anderen Ländern mit gesetzlicher Anordnung der Teilnahme und einer Wahlbeteiligung von 91,8% war; dagegen lag in Wien nur eine weit geringere Aktivierung des Potentials vor. Diese auch im regionalen Vergleich innerhalb der Bundesrepublik auffallende Tatsache, nämlich die relativ geringe Wahlbeteiligung in den großen Großstädten, im Gegensatz zu kleineren Städten und dem sog. flachen Land, findet sich im Nachbarland ebenso. Im von der Größe und der Stadt-Umland-Lage her recht gut mit München vergleichbaren Bundesland Wien²⁸⁾, d. h. der Hauptstadt und des Stadtstaates im bundesdeutschen Sprachgebrauch, belief sich bei der Nationalratswahl von 1990 die Teilnahme auf 74,0%, d. h. auf einen kaum höheren Betrag als in München mit 72,8 Prozent bei der letzten Bundestagswahl. Wenn die Erwartungen über einen Beitritt Österreichs zur EU nicht trügen, wird bei der nächsten Europawahl ein direkter Vergleich der Wahlbeteiligungen auf dieser politischen Ebene möglich sein. Nach diesem, gerade infolge der üblichen bundesdeutschen Beschränkung des Blicks auch in der Wahlstatistik, notwendigen Exkurs über das Wahlberechtigtenverhalten in einem Nachbarland sei, mit dieser Vergleichsmöglichkeit, wieder auf die Verhältnisse im eigenen Land eingegangen. Die ersten Ergebnisse, die von 1979, sind durch ein sehr starkes Nord-Süd-Gefälle der Wahlbeteiligung gekennzeichnet; mit Ausnahme der ganz knapp durchschnittlichen Quote in Schleswig-Holstein liegt der Anteil der Wahlberechtigten, die auch tatsächlich abstimmen, in allen Bundesländern ab Hessen, eingeschlossen, nördlich über dem Mittelwert und damit erst recht über dem Verhältnisbetrag von Baden-Württemberg und

²²⁾ Statistisches Bundesamt; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973. Stuttgart und Mainz 1973, bes. S. 126.

²³⁾ Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1992, bes. S. 98.

²⁴⁾ Die Wahlpflicht für Nationalratswahlen gilt in Österreich, soweit sie durch Landesgesetz angeordnet wird, d. h. in Steiermark, Tirol und Vorarlberg sowie seit 1986 in Kärnten (Österreichisches Statistisches Zentralamt: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, XLII. Jahrgang, Neue Folge 1991, Wien 1991, bes. S. 422).

²⁵⁾ Ebenda, bes. S. 424 f.

²⁶⁾ Während der Abfassungszeit dieses Artikels fand wieder eine Nationalratswahl im Nachbarland statt, am 09. Oktober 1994; in den hier zugänglichen Presseveröffentlichungen wird leider auf dieses Thema nicht eingegangen, sondern wie üblich nur auf die Anteile von Parteien.

²⁷⁾ Auf der Basis des damaligen Zahlenmaterials wurden die Wirkungen solcher Begrenzungsfaktoren von Lavies untersucht (Lavies, R. R.: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf 1973; zitiert nach: Roth, D.: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher, K. u. a. (Hrsg.): Protestwähler. . . , a. a. O., S. 58 ff., bes. S. 59.

²⁸⁾ Ein allgemeiner Vergleich zwischen beiden Städten liegt von statistischer Seite durch die Wiener Kollegen vor (Stadt Wien: Statistische Mitteilungen 1988); Wahlergebnisse konnten damals aber nicht auch noch berücksichtigt werden, und in München empfiehlt sich erst einmal der Aufbau eines Städtevergleichs von Wahlen auf bundesdeutschem Gebiet, wozu die verschiedenen Teile des folgenden Kapitels ein erster Beitrag sind.

Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland können in diesem Vergleich nur als Sonderfälle verstanden werden, weil in beiden Bundesländern auch die Kommunalwahlen am Tage der Europawahl stattfinden, was offensichtlich das Interesse an der Wahlbeteiligung auf bundesdeutsche Spitzenwerte in diesem Zusammenhang steigert. Wendet man sich dann den beiden im Vorgängerartikel nur untersuchten Wahlen von 1984 und 1989 zu, so zeigt sich jetzt bei längerfristigem Zeithorizont, daß der Anstieg der Wahlbeteiligung im letztgenannten Jahr – und zwar gerade auch im extremen Sonderfall Bayern – nur einen zyklischen Aufschwung in einer Rauf- und Runterbewegung in weiterer Sicht ist. Nach der Wahl von 1989 nahm die Beteiligung wieder ab, wenn auch nicht auf den Tiefstbetrag von 1984. Im Raumvergleich zum anderen stellte sich bei der zweiten Europawahl ein noch stärkerer Rückgang der Teilnahme als im Durchschnitt in den ohnehin nur niedrige Ergebnisse aufweisenden beiden Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern heraus²⁹⁾, während sich der Effekt einer gleichzeitigen Kommunalwahl auf die Aktivierung bei der Europawahl in der nur unterdurchschnittlichen Abnahme in Rheinland-Pfalz und im Saarland wieder bestätigte. Das N-S-Gefälle in der Wahlbeteiligung muß sich 1984 infolge ihres Schrumpfens in den beiden südlichsten Bundesländern noch verstärkt haben, was sich fachlich mittels der Verfahren der Streuungs- und Ballungsanalyse beziffern ließe.

Der zyklische Anstieg der Wahlbeteiligung 1989, wenn auch nicht auf den Spitzenbetrag 1979, war verbunden mit einer Einebnung oder sogar einem Umkippen des in beiden früheren Wahlen bestehenden Nord-Süd-Gefälles. Mit der knappen Ausnahme Niedersachsens sanken die Teilnahmequoten in allen weiter nördlich gelegenen Bundesländern auf allenfalls durchschnittliche (Nordrhein-Westfalen), meist aber unterdurchschnittliche Werte. Besonders ins Auge fiel schon im damaligen Wahlbericht die starke Zunahme in Bayern, die zusammentraf mit einer starken Änderung in der Stimmenverteilung, hin zu einer neu teilnehmenden Partei, den Republikanern (s. Abschnitt 2.3 hier sowie 1.3 des Vorgängerartikels). In den beiden Bundesländern mit Spitzenbeträgen stieg das Verhältnis nur ganz schwach an und in Hamburg kam es schon zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung.

Mit der Europawahl von 1994 hat sich das frühere Nord-Süd-Gefälle in der Wahlbeteiligung vollends

²⁹⁾ Eine exakte Bezifferung dieser Vergleichswerte und dem Verfahren der Streuungsanalyse wie bei dem Betrachten der Ergebnisse Münchener Stadtbezirke im fünften Kapitel wäre möglich, scheidet aber aus Zeitgründen.

fast gänzlich umgekehrt. In einem allgemeinen zyklischen Abschwung der Teilnahme ging sie gerade in den früher beteiligungsstarken norddeutschen Bundesländern auf einen weit unterdurchschnittlichen Betrag zurück und erreicht nur noch in Nordrhein-Westfalen ein ganz knapp überdurchschnittliches Niveau. Für Bayern kann sogar eine überdurchschnittliche Abnahme beobachtet werden, während umgekehrt in Baden-Württemberg diesmal sogar ein Rekordbetrag der Fall war, welcher das Ergebnis für die süddeutschen Bundesländer hochtrieb. Die beiden am ehesten mit München vergleichbaren Solitärstädte und Bundesländer in Norddeutschland lassen nur noch eine weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung erkennen, im Gegensatz zu immerhin dem Mittelwert entsprechenden Beträgen früher. In den beiden alten Bundesländern mit gleichzeitigen Kommunalwahlen ergaben sich wiederum weit überdurchschnittliche Teilnahmequoten, wenn auch selbst hier ein Rückgang im Zeitvergleich auf ein allerdings sehr hoch liegendes Minimum zu verzeichnen ist. Weil die Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet, innerhalb der neuen Grenzen, höher liegt als im alten, muß sie in den neu wahlberechtigten Ländern im Durchschnitt größer gewesen sein; dieser logische Schluß läßt sich durch die Anteilsquote von 62,1 Prozent auch zahlenmäßig zum Ausdruck bringen. Offensichtlich hatte hier die Wahl noch einen attraktiven Neuigkeitscharakter, ähnlich wie bei der ersten Europawahl im alten Bundesgebiet; nur das Bundesland Brandenburg bildete hier eine Ausnahme und auch der Stadtstaat Berlin, übereinstimmend mit solchen Gebieten in der alten Bundesrepublik. Mit diesem überörtlichen Rahmen³⁰⁾ lassen sich die Münchener Resultate (s. Abschnitt 3.2) besser beurteilen, wie schon bei den Wahlberechtigtenzahlen.

2.3 Die Wahlergebnisse der Parteien

Die Resultate zumindest der größeren Parteien lassen sich Tabelle 5 entnehmen, nach absoluten Zahlen und Relativbeträgen. Im Zeitvergleich fällt als erstes der schon 1989 stark zum Ausdruck gekommene Rückgang in Stimmenzahl und -anteil der für die alte Bundesrepublik klassischen Parteien auf. Während CDU/CSU – hier als eine Partei verstanden –, SPD und FDP bei der ersten Europawahl zusammen noch

³⁰⁾ Solche überörtliche Vergleiche werden auch in der Tagespresse berichtet von Parteitagungen (vgl. z. B.: Süddeutsche Zeitung, Nr. 236 vom 13. 10. 1994, bes. S. 10) und können deshalb die ins Auge gefaßte spezielle Leserschaft nicht stärker beanspruchen als dort.

Die Anzahl der Europaabgeordneten nach Ländern

Tabelle 1

Land	1979	1984	1989	1994
Belgien	24	24	24	25
Dänemark	16	16	16	16
Deutschland	81	81	81	99
Luxemburg	6	6	6	6
Niederlande	25	25	25	31
Frankreich	81	81	81	87
Großbritannien	81	81	81	87
Italien	81	81	81	87
Spanien	–	–	60	64
Portugal	–	–	24	25
Griechenland	–	24	24	25
Irland	15	15	15	15
Zusammen	410	434	518	567

Die Europawahlen im Gesamt-münchener Zeitvergleich

Tabelle 2

Bezeichnung	1979	1984	1989	1994
a) Absolute Zahlen				
Wahlberechtigte	810 323	819 393	879 494	850 746
Wähler	446 198	362 626	533 325	502 961
Ungültig	2 289	3 347	2 498	4 190
Gültig	443 909	359 279	530 827	498 771
CSU	219 138	158 405	174 162	189 511
SPD	166 101	125 718	150 004	142 792
Grüne	17 931	38 254	72 016	67 948
F.D.P.	36 530	18 503	35 691	24 372
Rep	–	–	79 352	29 573
Sonstige	4 209	18 479	19 602	44 575
b) In Prozent Parteien zu gültigen Stimmen				
Wahlbeteiligung	55,1	44,3	60,6	59,1
Ungültig	0,5	0,9	0,5	0,8
Gültig	99,5	99,1	99,5	99,2
CSU	49,4	44,1	32,8	38,0
SPD	37,4	35,0	28,3	28,6
Grüne	4,0	10,6	13,6	13,6
F.D.P.	8,2	5,2	6,7	4,9
Rep	–	–	14,9	5,9
Sonstige	0,9	5,1	3,7	8,9
c) In Prozent Parteien zu Wahlberechtigte				
CSU	27,0	19,3	19,8	22,3
SPD	20,5	15,3	17,1	16,8
Grüne	2,2	4,7	8,2	8,0
F.D.P.	4,5	2,3	4,1	2,9
Rep	–	–	9,0	3,5
Sonstige	0,5	2,3	2,2	5,2

Die Entwicklung der Wahlberechtigtenanzahl auf Länderebene

1979–1989 in Tausend

Tabelle 3

Land	1979	1984	1989	1994
Schleswig-Holstein	1 899,3	1 993,6	2 057,4	2 110 508
Hamburg	1 261,4	1 250,8	1 251,8	1 245 025
Niedersachsen	5 290,2	5 524,2	5 661,3	5 881 254
Bremen	523,6	522,5	519,0	511 455
Nordrhein-Westfalen	12 284,8	12 657,7	12 926,8	13 105 149
Hessen	3 956,7	4 102,1	4 220,9	4 300 917
Rheinland-Pfalz	2 726,5	2 837,7	2 888,9	2 980 932
Baden-Württemberg	6 271,7	6 641,1	6 953,7	7 197 510
Bayern	7 714,6	8 092,7	8 450,8	8 758 640
Saarland	823,3	843,7	842,6	838 901
Zwischensumme	42 751,9	44 466,0	45 773,2	46 930 291
Berlin	–	–	–	2 513 128
Brandenburg	–	–	–	1 932 859
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	1 380 514
Sachsen	–	–	–	3 594 791
Sachsen-Anhalt	–	–	–	2 162 802
Thüringen	–	–	–	1 959 542
Zusammen	42 751,9	44 466,0	45 773,2	60 473 927

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland sowie Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 12. Juni 1994, Reihe: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 3, Stuttgart 1994.

Die Wahlbeteiligung nach Bundesländern in Prozent

Tabelle 4

Land	1979	1984	1989	1994
Schleswig-Holstein	65,6	57,5	58,4	51,3
Hamburg	66,4	58,4	56,6	51,7
Niedersachsen	70,0	61,0	63,2	52,7
Bremen	66,3	55,1	58,7	52,7
Nordrhein-Westfalen	67,4	59,4	62,3	59,5
Hessen	66,5	58,9	60,2	56,4
Rheinland-Pfalz	78,1	76,3	77,2	74,3
Baden-Württemberg	59,2	48,2	58,4	66,4
Bayern	58,9	46,2	61,1	56,4
Saarland	81,1	78,4	78,9	74,1
Zwischensumme	65,7	56,8	62,3	59,4
Berlin	–	–	–	53,5
Brandenburg	–	–	–	41,5
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	65,8
Sachsen	–	–	–	70,2
Sachsen-Anhalt	–	–	–	66,1
Thüringen	–	–	–	71,9
Zusammen	65,7	56,8	62,3	60,0

Quelle: Siehe Tabelle 3.

Die Entwicklung der Wahlberechtigtenanzahl im Städtevergleich

Tabelle 6

Stadt	1979	1984	1989	1994	1994 geteilt durch 1979 in %
Berlin	–	–	–	2 513 128	–
Hamburg	1 261 369	1 250 808	1 251 841	1 245 025	98,7
München	810 323	819 393	879 494	850 746	105,0
Köln	667 996	669 440	683 400	675 515	101,1
Frankfurt a. M.	427 787	417 646	414 330	394 917	92,3
Essen	511 872	503 762	495 815	479 682	93,7
Dortmund	461 631	456 846	453 660	445 593	96,5
Düsseldorf	441 386	436 175	434 990	423 632	96,0
Stuttgart	382 085	381 270	391 098	375 099	98,2
Bremen	523 566	522 495	518 989	511 455	97,7
Duisburg	412 754	402 236	391 171	381 566	92,4
Hannover	388 773	380 430	384 185	389 135	100,1
Leipzig	–	–	–	382 946	–
Nürnberg	353 430	351 605	360 478	356 845	101,0
Dresden	–	–	–	372 414	–
Zwischensumme (o. Berlin, Leipzig, Dresden)	6 642 972	6 592 106	6 659 451	6 529 210	98,3
Zusammen	6 642 972	6 592 106	6 659 451	9 797 698	–

Die Wahlbeteiligung in Vergleichsstädten in Prozent

Tabelle 7

Stadt	1979	1984	1989	1994
Berlin	–	–	–	53,5
Hamburg	66,4	58,4	56,5	51,7
München	55,1	44,3	60,6	59,1
Köln	61,8	54,4	58,2	56,5
Frankfurt a. M.	61,6	55,1	56,9	55,5
Essen	65,5	55,1	57,9	55,5
Dortmund	66,2	59,7	62,9	59,4
Düsseldorf	63,9	56,5	58,9	56,5
Stuttgart	62,9	51,1	61,9	64,5
Bremen	66,3	55,1	58,7	52,7
Duisburg	63,5	53,8	56,5	54,5
Hannover	69,8	59,5	63,5	53,5
Leipzig	–	–	–	58,0
Nürnberg	58,2	50,0	60,1	57,3
Dresden	–	–	–	67,0
Zwischensumme (o. Berlin, Leipzig, Dresden)	62,5	53,6	59,0	58,5
Zusammen	62,5	53,6	59,0	57,5

Die Parteienergebnisse auf Länderebene

Tabelle 5

Land	CDU								CSU								SPD										
	In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent						
	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989
Schleswig-Holstein	593,8	503,1	433,9	433,9	47,9	44,4	36,4	40,6	-	-	-	-	-	-	-	-	542,4	453,0	528,4	380,5	43,7	39,9	44,4	35,5	33,7	93,3	80,1
Hamburg	307,5	264,3	220,9	204,8	36,9	36,6	31,5	32,1	-	-	-	-	-	-	-	-	434,4	302,8	294,0	220,5	52,2	42,0	41,9	34,6	29,4	91,9	80,4
Niedersachsen	1 684,3	1 434,2	1 272,9	1 216,3	45,8	43,0	35,9	39,7	-	-	-	-	-	-	-	-	1 642,7	1 350,4	1 490,5	1 214,7	44,7	40,5	42,0	39,6	133,1	274,8	296,8
Bremen	112,7	88,4	70,5	74,5	32,7	31,0	23,3	28,0	-	-	-	-	-	-	-	-	182,9	136,9	140,0	108,5	53,0	48,0	46,4	40,7	16,4	33,8	41,6
Nordrhein-Westfalen	3 765,5	3 182,8	2 854,8	2 853,3	45,8	42,8	35,7	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3 665,8	3 099,6	3 479,6	3 092,5	44,6	41,7	43,6	40,1	242,6	597,2	635,0
Hessen	1 168,0	985,6	835,2	881,4	44,8	41,4	33,3	37,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1 184,1	993,6	1 017,1	832,6	45,4	41,8	40,5	34,9	74,1	186,0	248,1
Rheinland-Pfalz	1 026,0	969,8	845,3	874,0	49,2	46,6	38,7	40,7	-	-	-	-	-	-	-	-	856,3	802,6	877,5	818,2	41,1	38,6	40,2	38,2	50,9	137,0	159,6
Baden-Württemberg	1 925,5	1 609,8	1 577,2	1 912,5	52,3	50,9	39,3	42,0	-	-	-	-	-	-	-	-	1 263,0	863,0	1 166,8	1 210,5	34,3	27,3	29,1	26,6	167,5	319,6	400,7
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	2 817,1	2 109,1	2 326,3	2 393,4	62,5	57,2	45,4	48,9	1 314,0	1 017,8	1 239,9	1 162,1	29,2	27,6	24,2	23,7	130,8	250,5	399,6
Saarland	299,8	270,4	222,3	212,6	46,4	42,6	34,5	35,6	-	-	-	-	-	-	-	-	284,6	276,6	291,9	259,0	44,0	43,6	45,3	43,4	15,2	41,8	40,2
Zwischensumme	10 883,1	9 308,4	8 332,8	8 663,6	39,1	37,5	29,5	31,7	2 817,1	2 109,1	2 326,3	2 393,4	10,1	8,5	8,2	8,8	11 370,0	9 296,4	10 525,7	9 299,2	40,8	37,4	37,3	34,0	893,7	2 026,0	2 382,1
Berlin	-	-	-	375,9	-	-	-	28,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	372,6	-	-	-	28,1	-	-	-
Brandenburg	-	-	-	184,1	-	-	-	23,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	290,5	-	-	-	36,9	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	283,9	-	-	-	33,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190,3	-	-	-	22,5	-	-	-
Sachsen	-	-	-	937,4	-	-	-	39,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	500,7	-	-	-	21,0	-	-	-
Sachsen-Anhalt	-	-	-	413,5	-	-	-	30,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	383,3	-	-	-	27,9	-	-	-
Thüringen	-	-	-	487,6	-	-	-	35,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	353,1	-	-	-	26,0	-	-	-
Zusammen	10 883,1	9 308,4	8 332,8	11 346,1	39,1	37,5	29,5	32,0	2 817,1	2 109,1	2 326,3	2 393,4	10,1	8,5	8,2	6,8	11 370,0	9 296,4	10 525,7	11 389,7	40,8	37,4	37,3	32,2	893,7	2 026,0	2 382,1

Quelle: Statistisches Bundesamt: Reihe Bevölkerung und Erwerbsfähigkeit, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989 und Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 12. Juni 1994.

Grüne					F.D.P.								Rep								Sonstige							
In Prozent					In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent			
1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994
127,8	2,7	8,2	6,7	11,9	64,8	50,8	63,6	40,9	5,2	4,5	5,3	3,8	-	-	54,9	22,0	-	-	4,6	2,1	6,1	33,9	30,4	65,5	0,5	3,0	2,6	6,1
117,4	3,5	12,7	11,5	18,4	52,1	35,4	43,3	23,4	6,3	4,9	6,2	3,7	-	-	41,8	19,7	-	-	6,0	3,1	9,3	27,2	21,6	51,3	1,1	3,8	3,1	8,1
298,8	3,6	8,2	8,4	9,8	195,3	163,6	207,1	119,6	5,3	4,9	5,8	3,9	-	-	170,9	74,3	-	-	4,8	2,4	21,8	110,7	109,5	140,1	0,6	3,3	3,1	4,6
42,8	4,7	11,9	13,8	16,0	28,5	12,8	21,1	12,2	8,3	4,5	7,0	4,6	-	-	13,5	8,0	-	-	4,5	3,0	4,6	13,0	15,4	20,5	1,3	4,6	5,1	7,7
860,9	3,0	8,0	7,9	11,2	478,1	312,5	453,5	333,1	5,8	4,2	5,7	4,3	-	-	329,0	209,2	-	-	4,1	2,7	67,6	238,1	237,1	366,3	0,8	3,2	3,0	4,7
291,9	2,8	7,8	9,9	12,2	161,7	118,0	138,0	111,2	6,2	5,0	5,5	4,7	-	-	163,2	109,1	-	-	6,5	4,6	22,0	96,0	109,8	158,5	0,8	4,0	4,4	6,6
186,7	2,4	6,6	7,3	8,7	133,3	104,8	124,6	86,0	6,4	5,0	5,7	4,0	-	-	101,4	79,5	-	-	4,6	3,7	18,8	67,5	73,7	100,4	0,9	3,2	3,4	4,7
600,4	4,5	10,1	10,0	13,2	299,9	224,2	288,8	235,2	8,1	7,1	7,2	5,2	-	-	348,4	271,0	-	-	8,7	5,9	26,5	144,7	232,0	328,1	0,7	4,6	5,8	7,2
427,7	2,9	6,8	7,8	8,7	211,5	145,8	206,1	163,4	4,7	4,0	4,0	3,3	-	-	748,2	322,7	-	-	14,6	6,6	34,2	166,3	203,3	426,5	0,8	4,5	4,0	8,7
49,0	2,4	6,6	6,2	8,2	37,5	24,7	30,7	22,2	5,8	3,9	4,8	3,7	-	-	37,3	25,6	-	-	5,8	4,3	9,7	21,4	21,6	28,0	1,5	3,4	3,4	4,7
3 003,4	3,2	8,2	8,4	11,0	1 662,6	1 192,6	1 576,7	1 147,2	6,0	4,8	5,6	4,2	-	-	2 008,6	1 141,1	-	-	7,1	4,2	220,6	918,8	1 054,4	1 685,3	0,8	3,7	3,7	6,2
189,2	-	-	-	14,3	-	-	-	42,3	-	-	-	3,2	-	-	-	44,2	-	-	-	3,3	-	-	-	301,0	-	-	-	22,7
35,9	-	-	-	4,6	-	-	-	21,5	-	-	-	2,7	-	-	-	18,3	-	-	-	2,3	-	-	-	236,1	-	-	-	30,0
40,3	-	-	-	4,8	-	-	-	19,0	-	-	-	2,3	-	-	-	21,6	-	-	-	2,6	-	-	-	289,3	-	-	-	34,3
134,9	-	-	-	5,6	-	-	-	90,3	-	-	-	3,8	-	-	-	84,3	-	-	-	3,5	-	-	-	641,6	-	-	-	26,9
77,9	-	-	-	5,7	-	-	-	64,6	-	-	-	4,3	-	-	-	38,0	-	-	-	2,8	-	-	-	394,9	-	-	-	28,8
81,7	-	-	-	6,0	-	-	-	57,9	-	-	-	4,7	-	-	-	39,5	-	-	-	2,9	-	-	-	340,8	-	-	-	25,0
3 563,3	3,2	8,2	8,4	10,1	1 662,6	1 192,6	1 576,7	1 442,9	6,0	4,8	5,6	4,1	-	-	2 008,6	1 387,1	-	-	7,1	3,9	220,6	918,8	1 054,4	3 889,1	0,8	3,7	3,7	11,0

Die Parteienergebnisse im Städtevergleich

Tabelle 8

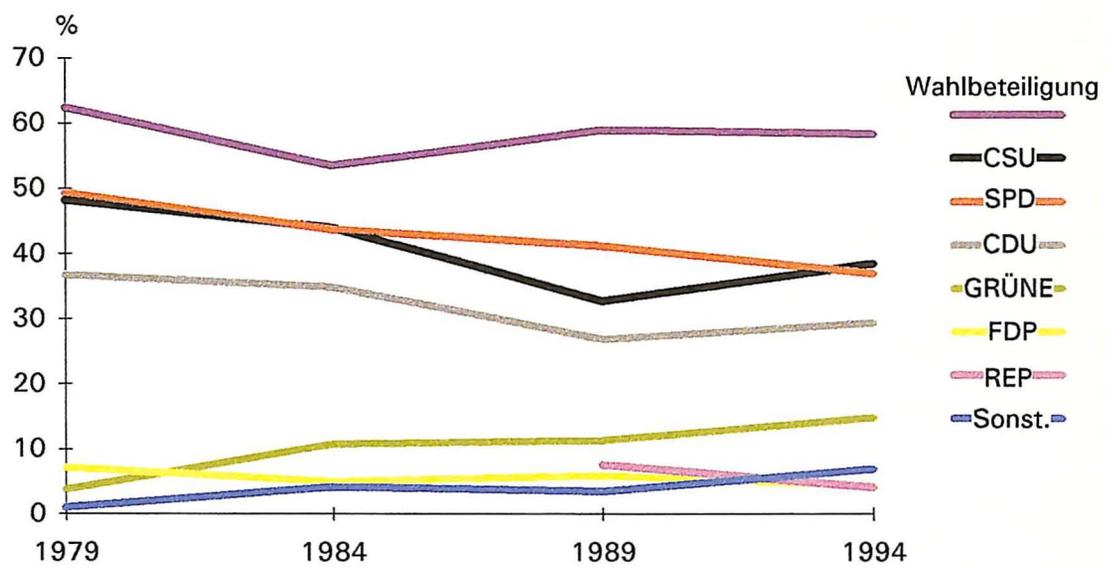
Stadt	CDU								SPD								CSU									
	In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent					
	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984
Berlin	-	-	-	375,9	-	-	-	28,4	-	-	-	372,6	-	-	-	28,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	307,5	264,3	220,9	204,8	36,9	36,6	31,5	32,1	434,4	302,8	294,0	220,5	52,2	42,0	41,9	34,6	-	-	-	-	-	-	-	-	29,4	91,9
München	-	-	-	-	-	-	-	-	166,1	125,7	150,0	142,8	37,4	35,0	28,3	28,6	219,1	158,4	174,2	189,5	49,4	44,1	32,8	38,0	17,9	38,3
Köln	173,9	139,0	121,1	115,7	42,4	38,5	30,6	30,6	186,7	152,8	167,7	146,1	45,5	42,4	42,4	38,6	-	-	-	-	-	-	-	-	17,0	37,9
Frankfurt a. M.	114,3	93,6	78,4	78,4	43,6	41,2	33,5	36,2	114,9	86,2	83,3	60,2	43,9	37,9	35,6	27,8	-	-	-	-	-	-	-	-	10,7	25,4
Essen	126,0	97,6	84,1	80,4	37,8	35,4	29,5	30,5	177,2	137,2	143,9	123,6	53,1	49,8	50,4	46,8	-	-	-	-	-	-	-	-	9,3	21,4
Dortmund	102,1	81,0	71,2	69,9	33,6	30,0	25,1	26,5	174,2	149,5	155,9	133,8	57,4	55,4	55,0	50,8	-	-	-	-	-	-	-	-	8,9	23,2
Düsseldorf	125,6	101,2	86,5	84,2	44,8	41,4	33,9	35,4	122,6	96,3	103,9	87,1	43,7	39,4	40,7	36,7	-	-	-	-	-	-	-	-	9,8	23,3
Stuttgart	102,0	82,4	77,7	83,1	42,7	42,7	32,3	35,3	95,7	58,5	74,9	62,7	40,1	30,3	31,1	26,8	-	-	-	-	-	-	-	-	11,8	23,5
Bremen	112,7	88,4	70,5	74,5	32,7	31,0	23,3	28,0	182,9	136,9	140,0	108,5	52,0	47,6	46,4	40,7	-	-	-	-	-	-	-	-	16,4	33,8
Duisburg	85,2	64,1	54,0	52,6	32,7	29,9	24,6	25,6	154,3	123,2	125,0	110,8	59,2	57,5	57,0	53,9	-	-	-	-	-	-	-	-	6,9	15,2
Hannover	106,6	83,4	71,7	70,4	39,5	37,3	29,6	34,1	133,8	96,6	102,4	78,3	49,6	43,1	42,2	37,9	-	-	-	-	-	-	-	-	11,3	23,8
Leipzig	-	-	-	56,4	-	-	-	26,3	-	-	-	55,1	-	-	-	25,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nürnberg	-	-	-	-	-	-	-	-	88,6	67,0	68,9	61,0	43,4	38,7	32,0	31,0	93,2	75,2	70,0	80,7	43,4	38,7	32,5	39,9	8,3	15,6
Dresden	-	-	-	87,4	-	-	-	36,5	-	-	-	35,1	-	-	-	14,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme (o. Berlin, Leipzig, Dresden)	1 355,9	1 095,0	936,1	914,0	36,8	34,9	26,9	29,4	2 031,4	1 532,7	1 609,9	1 335,4	49,3	43,8	41,2	37,0	312,3	233,6	244,2	270,2	48,2	43,9	32,7	38,5	157,7	373,3
Berlin, Leipzig, Dresden	-	-	-	519,7	-	-	-	29,2	-	-	-	462,8	-	-	-	26,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 355,9	1 095,0	936,1	1 433,7	36,8	34,9	26,9	29,3	2 031,4	1 532,7	1 609,9	1 798,2	49,3	43,8	41,2	33,4	312,3	233,6	244,2	270,2	48,2	43,9	32,7	38,5	157,7	373,3

Quelle: Siehe Tabelle 5.

Grüne						F.D.P.								Rep								Sonstige							
end		In Prozent				In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent				In Tausend				In Prozent			
1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994	1979	1984	1989	1994
-	189,2	-	-	-	14,3	-	-	-	42,3	-	-	-	3,2	-	-	-	44,2	-	-	-	3,3	-	-	-	301,0	-	-	-	22,7
80,4	117,4	3,5	12,7	10,4	12,5	52,1	35,4	43,3	22,4	6,3	4,9	6,2	3,7	-	-	41,8	19,7	-	-	6,0	3,1	9,3	27,2	21,6	51,3	1,1	3,8	3,1	8,1
72,0	67,9	4,0	10,6	13,6	13,6	36,5	18,5	35,7	24,4	8,2	5,2	6,7	4,9	-	-	79,4	29,6	-	-	14,9	5,9	4,2	18,4	19,6	44,6	0,9	5,1	3,7	8,9
46,3	65,2	4,1	10,5	11,7	17,2	29,1	17,0	26,6	19,9	7,1	4,7	6,7	5,2	-	-	21,1	11,4	-	-	5,3	3,0	3,6	14,0	12,5	20,4	0,9	3,9	3,1	5,4
32,9	38,6	4,1	11,2	14,0	17,9	19,3	10,9	12,7	9,9	7,4	4,8	5,4	4,6	-	-	16,3	11,9	-	-	6,9	5,5	2,8	11,1	10,5	17,4	1,1	4,9	4,5	8,1
23,2	29,0	2,8	7,8	8,1	11,0	17,5	9,4	14,3	10,1	5,3	3,4	5,0	3,8	-	-	11,3	7,8	-	-	4,0	3,0	3,6	9,9	8,6	12,9	1,1	3,6	3,0	4,9
24,1	30,1	2,9	8,6	8,5	11,4	15,6	7,8	11,1	8,2	5,1	2,9	3,9	3,1	-	-	13,0	8,5	-	-	4,6	3,2	3,0	8,6	8,1	12,8	1,0	3,2	2,9	4,8
25,6	33,8	3,5	9,5	10,0	14,2	19,7	13,5	18,5	12,4	7,0	5,5	7,3	5,2	-	-	12,0	6,9	-	-	4,7	2,9	3,0	10,0	8,4	13,2	1,1	4,1	3,3	5,6
30,4	41,1	4,9	12,2	12,6	17,6	27,3	18,8	24,7	15,6	11,4	9,8	10,3	6,6	-	-	22,0	16,7	-	-	9,2	7,1	2,0	9,5	10,6	16,3	0,8	4,9	4,4	6,9
41,6	42,8	4,7	11,9	13,8	16,0	28,5	12,8	21,1	12,2	8,3	4,5	7,0	4,6	-	-	13,5	8,0	-	-	4,5	3,0	4,6	13,0	15,4	20,5	1,3	4,6	5,1	7,7
14,7	18,8	3,5	9,5	6,7	9,1	19,7	13,5	6,8	5,2	7,0	5,5	3,1	2,5	-	-	11,6	7,7	-	-	5,3	3,7	2,5	6,5	7,1	10,7	1,0	3,0	3,2	5,2
28,9	30,0	4,2	10,6	11,9	14,5	15,9	11,5	16,3	8,5	5,9	5,1	6,7	4,1	-	-	15,6	6,2	-	-	6,4	3,0	2,2	8,6	7,5	13,1	0,8	3,8	3,1	6,3
-	21,8	-	-	-	10,2	-	-	-	6,2	-	-	-	2,9	-	-	-	5,5	-	-	-	2,6	-	-	-	69,2	-	-	-	32,3
20,4	23,7	4,1	9,0	9,5	11,7	12,1	6,5	9,4	6,7	5,9	3,7	4,4	3,3	-	-	37,8	14,6	-	-	17,6	7,2	2,0	9,0	8,7	15,7	1,0	5,2	4,0	7,8
-	20,4	-	-	-	8,5	-	-	-	9,1	-	-	-	3,8	-	-	-	6,7	-	-	-	2,8	-	-	-	80,7	-	-	-	33,7
440,5	538,4	3,8	10,7	11,3	14,9	293,3	175,6	229,4	156,5	7,1	5,0	5,9	4,3	-	-	295,4	149,0	-	-	7,6	4,1	42,8	145,8	138,6	248,9	1,0	4,2	3,5	6,9
-	231,4	-	-	-	13,0	-	-	-	57,6	-	-	-	3,2	-	-	-	56,4	-	-	-	3,2	-	-	-	450,9	-	-	-	25,3
440,5	769,8	3,8	10,7	11,3	14,3	293,3	175,6	229,4	214,1	7,1	5,0	5,9	4,0	-	-	295,4	205,4	-	-	7,6	3,8	42,8	145,8	138,6	699,8	1,0	4,2	3,5	13,0

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile in den Vergleichsstädten bei den Europawahlen

Abbildung



26,733 Millionen Wähler auf sich vereinigen konnten oder 96,0 Prozent des gesamten gültigen Stimmenaufkommens, fanden sie 1994 nur noch bei 21,503 Millionen oder 78,7 Prozent Zustimmung. Ihr Rückgang belief sich also auf durchschnittlich 19,6 Prozent bei den Absolutzahlen oder 18,0% bei den Stimmenanteilen; die stärkere Abnahme beim erstgenannten Betrag ist auf die geringere Wahlbeteiligung als bei der ersten Europawahl zurückzuführen. Mit anderen Worten ist den schon lange bestehenden Parteien fast jeder fünfte Wähler verlorengegangen, was die Verdrossenheit unter Politikern über die Wahlergebnisse erklären kann.

Weil sich die Stimmenanteile aller Parteien definitionslogisch zwingend immer zu 100 Prozent ergänzen, muß mit dem Absinken der älteren Parteiengruppe ein gleich starker Anstieg einer neueren in der Wählergunst verbunden sein. Deren Ergebnisse stiegen im alten Bundesgebiet 1979 bis 1994 von 1 114 Tausend auf 5 830 Tausend oder von 4,0% auf 21,3 Prozent, ein Anstieg um gut das Fünffache. Wie sich bei näherer Beobachtung zeigt, verlief für die verschiedenen neueren Parteien – wie auch für die älteren – die Entwicklung nicht gleichmäßig im Lauf der Zeit, sondern für die größeren unter ihnen abweichend. Die CDU hatte einen besonders starken Rückgang in den Wählerstimmen zwischen 1979 und 1984 zu verzeichnen, während infolge der stark gesunkenen Wahlbeteiligung ihre Abnahme im Stimmenanteil dagegen weit geringer ausfiel und umgekehrt zwischen der zweiten und dritten Europawahl deutlich ausgeprägter war bei gesteigerter Teilnahme an den Wahlen. Die letzte Europawahl brachte ihr einen Stimmen- wie Anteilszuwachs; insgesamt büßte sie im Zeitlauf 20,4 Prozent der Wähler und 18,9% ihres Stimmenanteils ein, wobei der Trend allerdings nicht einheitlich war, sondern die Entwicklung inzwischen wieder einen Anstieg erkennen läßt. In den Bundesländern mit erstmaliger Wahlberechtigung brachte die Europawahl 1994 der Partei des Kanzlers der deutschen Einheit mit 33,2 Prozent aller Stimmen einen im Vergleich zu den alten Bundesländern höheren Anteil, bei allerdings noch stärkeren regionalen Unterschieden als im alten Bundesgebiet. Die bayerische Schwester der in den anderen Bundesländern teilnehmenden Partei mußte über den gesamten Zeitraum geringere Rückgänge hinnehmen, um 15,0% bei den Wählerstimmen und nur 12,9 Prozent im Anteil auf Bundesebene, infolge der stärkeren Wahlberechtigtenzunahme und schwächeren Beteiligungsabnahme im Freistaat als im Bundesdurchschnitt. Ihre Entwicklung in der Zeit vollzog sich ähnlich wie bei ihrer

Schwesterpartei, mit einer allerdings besonders starken Abnahme schon 1984 und einem absoluten wie relativen Wiederanstieg im Bundesvergleich seitdem. Auf der Ebene des einzigen Bundeslandes, in dem die CSU an Wahlen teilnahm, wuchs ihr Stimmenanteil jedoch erst 1994 wieder.

Die SPD erlebte in den fünfzehn Jahren ein zyklisches Auf und Ab bei den Wählerstimmen, bei klarer Entwicklungsrichtung. Ihr Rückgang belief sich im Bundesdurchschnitt auf 18,2% aller Wähler, also etwas weniger als bei der CDU, aber mehr als bei der CSU, und auf 19,3 Prozent im Stimmenanteil, hierbei also stärker als nach dem Mittelwert der älteren Parteien. Der höhere Effekt trat ein infolge ihrer beträchtlichen Abnahme bei der letzten Wahl, nachdem ihr die gestiegene Wahlbeteiligung bei der vorletzten mit wenigstens gleichbleibendem Stimmenanteil sogar eine absolute Zunahme gebracht hatte, im Gegensatz zur CDU, die damals ein Tief durchlief. In den neuen Bundesländern erzielte die SPD mit nur 25,9 Prozent ein erkennbar niedrigeres Resultat als in den alten, dem noch das hohe in Brandenburg zugute kam.

Die F.D.P. zählt zwar stets zu den kleineren, aber auch zu den Gründerparteien der alten Bundesrepublik. Ihre Ergebnisse sind inzwischen, wie Tabelle 5 zeigt, stark schwankender Art. Ihre Wähleranzahl nahm von 1979 bis 1994 um nicht weniger als 31,0% ab – der bei weitem stärkste Schwund unter den älteren Parteien – und ihr Stimmenanteil um 30,0 Prozent. In der geringfügig schwächeren relativen als absoluten Minderung kam der Effekt der gesunkenen Wahlbeteiligung 1994 zum Ausdruck, der die Wirkung auf die absolute Anzahl noch etwas größer machen mußte. Die starken absoluten wie relativen Rückgänge 1984 und 1994 verwehrten der F.D.P. beidesmal den Einzug in das Europa-Parlament, wegen des Geltens der nationalen Fünf-Prozent-Sperrklausel. Ihre Stimmenanteile unterscheiden sich kaum nach alten und neuen Bundesländern; die stärkeren Abweichungen liegen innerhalb dieser historisch bedingten Zuordnung von Gebieten vor, wie ähnlich auch bei den meisten anderen Parteien.

Unter den nicht-klassischen, später als die bisher behandelten und früher entstandenen Parteien sind die Grünen inzwischen die zahlenstärkste und sie haben seit 1984 die vorher die dritte Kraft innerhalb des klassischen Parteiensystems bildende F.D.P. klar distanziert. Die Entwicklung wies über die fünfzehn Jahre bisher klar nach oben, mit einem ungefähren Zwischenhalt von 1984 bis 1989 und einem erneuten größeren Anstieg bei der letzten Europawahl. Der

Unterschied zwischen den Ergebnissen in West- und Ostdeutschland ist stärker ausgeprägt als bei den bisherigen Parteien mit nur 6,9 Prozent im neu stimmberechtigten Gebiet; dabei fallen die starken Abweichungen zwischen dem Resultat in Berlin und den fünf Flächenländern auf.

Die fünfte der größeren Parteien, die Republikaner, nahm erstmals an der vorletzten Europawahl teil und erzielte damals aus dem Stand heraus einen aufsehenerregenden Stimmenanteil, der noch jahrelang fachlich wie politisch stark erörtert wurde. Bei der letzten Wahl konnte sie dieses Ergebnis nicht wiederholen, sondern mußte schwere Rückschläge hinnehmen, wie sie selbst die SPD in ihren früheren Hochburgen nicht zu verzeichnen hatte, und die zu ihrem Ausscheiden aus dem Europa-Parlament führten. Auch bei ihr sind die Unterschiede zwischen schon früher und erst jetzt stimmberechtigten Bundesländern – bei letzteren mit 3,0 Prozent Stimmenanteil – ausgeprägter als bei den älteren Parteien und wie bei SPD und Grünen mit geringeren Resultaten in Ostdeutschland verbunden. Schließlich sei im Rahmen des Zeitvergleichs noch auf die eine bunte Mischung bildenden, vom Statistischen Bundesamt unter „Sonstige“ zusammengefaßten Parteien eingegangen. Auch bei ihnen fällt die bei sehr niedrigem Ausgangsniveau starke Aufwärtsrichtung auf, ebenfalls mit einem Plateau 1984/89 und erneutem Anstieg 1994, wie bei den Grünen. Dieses Parteienkonglomerat weist, als einzige der in dieser Tabelle wiedergegebenen Gruppen, ein im Osten der Bundesrepublik höheres Wahlergebnis als im Altgebiet auf, mit immerhin 27,3 Prozent Stimmenanteil und sogar absolut größerer Stimmenanzahl, trotz der weit geringeren Wahlberechtigten- und Wählersumme. Hier wäre es allerdings ziemlich realitätsblind vom Beobachter, nicht den Sonderfall der Existenz einer dort über ihre Vorgängerorganisation historisch dominierenden Partei, nämlich der PDS, zu kennen, die zwar im Westen der Bundesrepublik nur zu einer von vielen kleineren Parteien zählt, nicht aber im Osten. Schon die detailliertere Tabelle in dem erwähnten Bundesamtsheft zeigt dann auch sofort, daß die PDS in den neu stimmberechtigten Bundesländern 1 506 457 Wähler fand und damit einen Stimmenanteil von 18,6 Prozent in diesem Gebiet allein sowie 1 670 316 bzw. 4,7% in der gesamten Bundesrepublik. Die anderen, in der Kurztabelle des Statistischen Bundesamts gebrachten sonstigen Parteien konnten im alten Teilstaat also etwa 1,521 Millionen Stimmen auf sich vereinigen oder 5,6 Prozent, während es in den neu hinzugekommenen Ländern nur 0,698 Millionen oder 8,6% waren, aber doch mehr als im Altgebiet.

Wenn der Zeitvergleich für die gesamte Bundesrepublik Entwicklungsrichtungen für den Beurteilungsrahmen der Münchener Verhältnisse ergibt, lassen sich regionale Gemeinsamkeiten wie Unterschiede durch den Raumvergleich erkennen. Die CDU tritt aufgrund einer regionalen Arbeitsteilung nicht in Bayern zur Wahl an und umgekehrt die CSU nicht in den anderen Bundesländern. Bei der CDU fallen sofort ihre im Raum- und Zeitvergleich niedrigen Ergebnisse in denen räumlich am ehesten mit München vergleichbaren norddeutschen Solitärstädten und Stadtstaaten auf; in beiden mußte sie im Zeitablauf Rückgänge in der Stimmenanzahl um etwa ein Drittel hinnehmen. Auch in den zwei norddeutschen Flächenstaaten und im Saarland waren sie überdurchschnittlich, während in Baden-Württemberg sogar die Absolutbeträge fast gehalten werden konnten, wenigstens infolge der letzten Wahl mit ihrer sehr hohen Beteiligung. Der regionale Sonderfall CSU wird erst im folgenden Kapitel zur Beurteilung der innerbayerischen Ergebnisse herangezogen. Die SPD nimmt zwar bundesweit an Wahlen teil, hat aber im neu stimmberechtigten Gebiet wie in den beiden süddeutschen Bundesländern – hier schon traditionell – nur recht niedrige und darin sogar sehr ähnliche Resultate zu verzeichnen. Diese Übereinstimmung gilt, obwohl sie in den Altländern schon seit Beginn an den Wahlen beteiligt ist, aber in den erwähnten Flächenstaaten im Trend klare Abwärtsbewegungen vollführt. Relativ ist ihre Negativrichtung in den beiden norddeutschen Stadtstaaten sogar noch ausgeprägter, mit einer Reduzierung auf fast die Hälfte des Anfangsbestands in nur drei Wahlen; dort war jedoch das Ausgangsniveau so hoch, daß trotz der starken Änderung im Wählerverhalten auch jetzt noch die Stimmenanteile größer sind als im erwähnten Süden. Im innerstädtischen Vergleich für München wird sich in Abschnitt 4.3 zeigen, daß die Partei in ihren früheren Hochburgen vergleichbare Entwicklungen zu beobachten hatte. Allerdings gilt die Tendenz einer besonders ausgeprägten Abnahme in ehemaligen Stärkegebieten nicht in jedem Bundesland; so war die Richtung für die SPD in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland noch relativ wenig merklich. Offensichtlich gibt es im Regionalvergleich für Parteiergebnisse Vorreiter- und Verzögerungsergebnisse, wie sog. „leads und lags“ (Vorsprünge und Nachhinken) in konjunkturellen Entwicklungen und Trends auf volkswirtschaftlichem Gebiet. Für die CDU spielten sich umgekehrt, wie ein nochmaliger Blick auf Tabelle 5 lehrt, verzögerte und dann schwächere Entwicklungen in Hamburg und Bremen, schnellere und stärkere aber

in Hessen und besonders in Baden-Württemberg ab. Die F.D.P. mußte besonders starke Rückgänge in ihrer in den früheren Jahren der Bundesrepublik entstandenen und ähnlich schon vorher (südwestdeutscher Freisinn) bestehenden Hochburg Baden-Württemberg hinnehmen und auch in den ehemals für sie – besonders Bremen – überdurchschnittliche Wähleranteile liefernden beiden Hansestädten; in den für diese Partei ohnehin wenig Stimmen bringenden Bundesländern fielen die Ergebnisänderungen noch am geringsten aus, z. B. in Bayern oder den beiden norddeutschen Flächenländern. Die Grünen weisen zumindest seit der zweiten Europawahl mit den weit überdurchschnittlichen Anstiegen und Stimmenanteilen in Hamburg, Bremen und auch in Baden-Württemberg ausgeprägte Unterschiede im Raumvergleich auf; in allen anderen Bundesländern konnten sie höchstens durchschnittliche, meist aber geringere Ergebnisse erzielen. Bei der dritten Europawahl verlief ihre Entwicklung regional abweichend, nach oben und nach unten, um bei der vierten wieder von einer allgemeinen Aufwärtsbewegung abgelöst zu werden, besonders stark in ihrem nun schon länger bestehenden Stärken, aber diesmal auch im nördlichsten Bundesland. In den Gebieten mit nur niedrigem Wähleranteil konnte sie meist für sie die regionalen Unterschiede vergrößert haben.

Für die Republikaner ließen sich bei ihrer erstmaligen Teilnahme an Europawahlen, nämlich 1989, sehr starke Abweichungen in den Ergebnissen nach Bundesländern feststellen. In zwei Ländern erzielten sie teils weit überdurchschnittliche Stimmenanteile, so besonders in ihrem Herkunftsland Bayern, aber auch noch in Baden-Württemberg, während sie in allen anderen unter dem Mittelwert lagen, wobei gewisse Stärkegebiete noch in Hamburg und Hessen zu beobachten waren. Mit dem Rückgang ihrer absoluten Stimmenanzahl um fast die Hälfte bei der letzten Europawahl war ein regional differenzierter Schwund verbunden. Besonders ausgeprägt und für sie – diesmal negativ – entscheidend war ihre starke Abnahme im Ausgangsland, während sie die Verluste in Baden-Württemberg relativ niedrig halten konnte und auch in Rheinland-Pfalz. Das Süd-Nord-Gefälle in den Wahlergebnissen ist wie bei der vorletzten Europawahl unverkennbar und ebenso die Tatsache ihrer nur geringen Verbreitung in den neu stimmberechtigten Ländern. Unter „Sonstige“ wird vom Statistischen Bundesamt eine Vielzahl von Parteien zusammengefaßt, die lange Jahre in der Bundesrepublik bei den Wahlen auf Landes- und Bundesebene nur absolut wie relativ sehr geringe Ergebnisse erreichen konnten,

selbst zusammengenommen. Auch bei der ersten Europawahl beliefen sich ihre Gesamtanteile noch auf unter ein Prozent, und dabei mit nur drei kleineren Ausnahmen, den beiden Stadtstaaten sowie Bayern, nach oben. Schon bei der zweiten Wahl für das Europa-Parlament nahmen ihre Quoten rapide zu, verbunden mit Rückgängen bei der SPD und besonders bei der CDU.

Der Anstieg lieferte auch ziemlich gleichmäßige Resultate, so daß hier von einer bundesweiten Bewegung gesprochen werden kann, in etwa vergleichbar mit der Entwicklung der Grünen damals, wenn auch in geringerem absoluten Ausmaß. Bei der dritten Europawahl konnten die Sonstigen ihre Ergebnisse halten, wenn auch mit Unterschieden nach oben und unten im Einzelfall. Die letzte Wahl brachte für sie ebenfalls einen erneuten Anstieg und diesmal mit einem klaren Schwerpunkt in den beiden Hansestädten sowie den südlicher gelegenen Flächenstaaten, nicht aber mehr in ihrem erstmaligen Stärkegebiet Bayern. Für die neu stimmberechtigten Bundesländer ist zu beachten, daß sich unter den dort sehr hohen Stimmenanteilen der Sonstigen auch die der dort aus historischen Gründen sehr wählerstarke Nachfolgepartei der SED, nämlich die PDS, verbirgt, deren Ergebnisse wegen ihrer regionalen Bedeutung vom Statistischen Bundesamt in einer anderen Tabelle einzeln aufgeführt werden.

3. Die wahlstatistischen Größen in Vergleichsstädten

Auf Bundes- und Länderebene wurden Wahlberechtigtenanzahl, Wahlbeteiligung und die Ergebnisse verschiedener Parteien im vorigen Kapitel berichtet und ausgewertet; dabei konnten auch Stand und Entwicklung in zwei mit München ungefähr vergleichbaren Stadtstaaten betrachtet werden. Das jetzige Kapitel dient einem Vergleich dieser statistischen Größen, wie er analog für dieselben Städte ab (knapp) 500 000 Einwohnern schon seit vielen Jahren – mit der Ausnahme der Kommunen im Beitrittsgebiet zur alten Bundesrepublik – umfaßt und wie er auch in München für andere statistische Themen bereits oft durchgeführt worden ist, teils schon routinemäßig im Statistischen Jahrbuch. Die Gegenüberstellung soll dazu helfen, Münchener Eigentümlichkeiten wie Allgemeinheiten leichter erkennen zu können und, in anderer Blickrichtung, die Sicht über den eigenen

„Tellerrand“ hinaus zu erweitern. Während im Vorläuferartikel sich besonders mit meist viel kleineren bayerischen Städten befaßt wurde, sollen jetzt allein die von ihrer Größe her eher vergleichbaren (auch) aus anderen Bundesländern herangezogen werden. Das Kapitel ist, schon allein der besseren Vergleichbarkeit von Städte- und Landesergebnissen, wie das vorige aufgebaut.

3.1 Die Wahlberechtigtenanzahl

Wie schon ein grober Zeitvergleich zeigt, haben sich in den untersuchten 15 Jahren in den Vergleichsstädten (s. Tab. 6) im Durchschnitt und in den meisten Einzelfällen nicht Zunahmen des Wählerpotentials ergeben, wie dies im Bundesdurchschnitt mit 9,8 Prozent der Fall war (vgl. Tab. 3) und auch in allen Bundesländern, außer eben in den beiden Stadtstaaten. Der Schwund an Wahlberechtigten war besonders stark, und zwar noch mehr als in diesen zwei Vergleichsfällen, in Frankfurt a. M. und in den Ruhrgebietsstädten, während in Köln und, für manche überraschend, auch in Hannover ihre Anzahl sogar zunahm, wenn man zuerst nur die nichtbayerischen Städte betrachtet. Zur hier nicht weiter zu vertiefenden Erklärung von der Einwohnerzahl und -altersstruktur her sei einmal auf die verbreiteten Stadt-Umland-Wanderungen gerade jüngerer Haushalte verwiesen; deren Wegzüge können mit einem Echo-Effekt über die später wahlberechtigten Kinder auch nach einer Generation zu Folgewirkungen führen. Weiter sei an die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit ihren Bevölkerungs- und Wahlberechtigtenkonsequenzen gerade im Ruhrgebiet erinnert.

Wie die Tabelle zeigt, vollzog sich das – noch geringfügige – Schwinden des Wählerpotentials im Untersuchungszeitraum nicht gleichmäßig, sondern, wie bei so vielen wirtschaftlichen wie nicht-wirtschaftlichen Größen, in einer leicht zyklischen Bewegung. Insgesamt verringerte sich, bei gleichzeitigem Steigen der Wahlberechtigtenanzahl im gesamten Bundesgebiet, das Gewicht der Vergleichsstädte in den nur 15 Jahren von 15,5 Prozent auf 13,9% des Gesamtbeitrags, das Ausmaß war also für die sich meist erst in langer Zeit abspielenden Bevölkerungsänderungen beträchtlich. Die Folgen für die Gewichtsanteile, z. B. bei der Wahlkreiseinteilung, lassen sich leicht bedenken; so ist nach Presseberichten z. Z. in Nordrhein-Westfalen eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise in Arbeit und auch in Bayern sind erste Korrekturen erfolgt.

Die Stärke der natürlichen und der Wanderungsbewegung in den verschiedenen Vergleichsstädten folgte im allgemeinen der Bundesentwicklung – nicht aber die allgemeine Tendenz –, so etwa im (Wieder-)Anstieg von 1984 bis 1989, mit der Ausnahme besonders stark schrumpfender Gemeinden. Der große Sonderfall unter den untersuchten Städten war, wie bei nur etwas Kenntnis der jüngeren Bevölkerungsgeschichte nicht anders zu erwarten, München. Hier kam es, allerdings infolge eines ganz ungewöhnlich starken Anstiegs³¹⁾ des Wählerpotentials zwischen 1984 und 1989, zu einer Zunahme von immerhin fünf Prozent; dieser Betrag macht nur etwa die Hälfte des Bundesdurchschnitts über die gesamte Zeit aus, lag aber in der Richtung doch weit über der Bewegung in anderen Städten. Schon bei der letzten Europawahl war allerdings in München auch, wohl durch das Auslaufen des Effekts zahlenstarker Jungwählerjahrgänge aus der Geburtszeit um 1970 mit sehr starker Wanderung in die Stadt, eine abrupte und relativ nur von Frankfurt a. M. übertroffene Einbuße in der Wahlberechtigtenanzahl, festzustellen. Auf der Ebene der Landtagswahlen führte die Abnahme des Wählerpotentials, gerade auch im gesamtbayrischen Vergleich, inzwischen schon zum Streichen eines der elf bisherigen Münchener Mandate. Hier ist daran zu erinnern, daß allerdings auch schon bis 1958 einschließlich, die Stadt mit immerhin bereits einer Million Einwohnern, bei mehr als neun Millionen Bayern, nur über neun Wahlkreise verfügte, was angesichts der späteren Zuzüge mit ihren Folgeeffekten an Jungwählern nicht verwundern kann. Die besonders im Stadt-Umland und Stadt-Freistaat-Vergleich und -Verhältnis wichtigen Änderungen von der Wahlberechtigtenanzahl her verdienen eine gesonderte Bearbeitung der Alters- und auch der Geschlechtsstruktur von Wahlberechtigten wie auch ihres Austauschs im Lauf der Zeit. Das erstgenannte Unterthema ist z. B. schon von auswärtigen Kollegen erkannt und bearbeitet worden; in einem Artikel zur diesjährigen Europawahl hieß es: „Den Jungen mag die Zukunft gehören; die Alten werden die Wahlergebnisse bestimmen“. Das zweite Unterthema, die Änderung der Wahlberechtigtenzusammensetzung durch natürliche Faktoren wie inner- und außerstädtische Wanderungen, wurde im September 1994 in einem Interview eines hiesigen Kollegen für den Bayerischen Rundfunk angesprochen. Die Bedeutung der Wahlberechtigtenzusammensetzung für den Wahlausgang wird dann einsichtig, wenn man be-

³¹⁾ Auf ihn wurde schon im Vorgängerartikel als im Zeitlauf einmaliger Fall hingewiesen.

denkt, daß sich erfahrungsgemäß die Stimmabgabe der Wähler für einzelne Parteien je nach ihrem Alter und Geschlecht unterscheidet. Wenn sich nun die Anteile eines Geschlechts oder einer Jahrgangsstufe an der gesamten Wahlberechtigtenanzahl mit deren Änderung verschieben oder sogar in noch stärkerem Ausmaß, muß sich selbst bei gleichbleibendem Verhalten jedes Berechtigten und Wählers das Wahlergebnis bestimmter Parteien ändern durch die Gewichtverlagerung; bei stark gruppenspezifischer Stimmabgabe werden die Kandidaten der betreffenden Parteien noch schauen. Diese Zukunftsaussichten bewegen auf fachlicher Ebene schon die Stuttgarter Kollegen jüngst³²⁾, eine Prognose der Wahlberechtigtenanzahl in ihrer Stadt bis zum Jahre 2005 zu machen, mit dem Ergebnis, daß die beiden Bundestagsmandate der Stadt bis dahin noch erhalten bleiben. Im Münchener Rahmen ist aus den genannten Gründen ebenfalls eine Bevölkerungsprognose mit besonderer Hinsicht auf die Anzahl und Zusammensetzung der Inländer mit 18 und mehr Jahren Alter erforderlich; sie wurde inzwischen auch durchgeführt. Eine teils im Vergleich zu anderen Städten bestehende Besonderheit von Münchener Bevölkerungsprognosen besteht darin, daß sie auf der wohnberechtigten Einwohnerschaft aufbauen, d. h. nicht nur die Personen mit Hauptwohnsitz in der Stadt, sondern auch die mit Nebenwohnsitz einschließen. Diese etwa für die Wohnungs- und Infrastrukturnachfrage richtige Erweiterung des traditionellen Bevölkerungsmaßes erfordert allerdings in der Wahlstatistik wegen der fehlenden Wahlberechtigung für nur mit Nebenwohnsitz Ansässige wieder eine Korrektur für das Ermitteln wahlberechtigter Bevölkerungsanzahlen. Der in München z. Z. notwendige Abschlag um 8,5 Prozent von der wohnberechtigten inländischen Bevölkerung ab 18 Jahren führt zu entsprechend geringeren Anzahlen als in der allgemeinen Einwohnerprognose das Ergebnis ist. Es ergeben sich erst einmal beim praktischen Vorgehen die bekannten Wohnberechtigtenanzahlen, die danach noch um einen entsprechenden Nebenwohnsitzabschlag zu verringern sind. Wegen der Zeitersparnis wird hier im folgenden nur nach männlichen und weiblichen Einwohnern gegliedert³³⁾; eine Aufteilung nach Altersgruppen, die mit denen der repräsentativen Wahlstatistik übereinstimmen ist mit maschineller Unterstützung leicht möglich wie auch

³²⁾ Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt: Prognose der Wahlberechtigtenanzahl bis zum Jahr 2005, Statistischer Informationsdienst 1994.

³³⁾ Auf die Gliederung des Wahlberechtigtenbestandes nach Geschlechtern wird z. B. schon in der offiziellen bayerischen Presse eingegangen (Hartstein, E., in: Bayerische Staatszeitung, Nr. 39, 30. 09. 1994, bes. S. 2) und zwar gerade zur Münchener Situation bei der Landtagswahl 1994.

eine gleiche Aufstellung für die Vergangenheitszahlen, so daß sich die verbal angesprochenen Änderungen genau beziffern lassen. Einen größeren Aufschluß gibt auch schon die Anzahl der Wahlberechtigten je Einwohner in einem bestimmten Gebiet, wie sie für München schon seit langem auf Stadtbezirksebene berechnet und im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht wird. Auf Anfrage sind all diese Detailgliederungen zu erstellen, aber in einem begrenzten Artikel kann nur auf ihre Bedeutung hingewiesen werden. Der nach unten zu korrigierende Bruttobetrag in Gegenwart und näherer Zukunft läßt sich der folgenden kleinen Übersicht entnehmen. Es führt für Ende 1993 zu einem um etwa 78 000 Personen kleineren Betrag an Wahlberechtigten, der der größtmöglichen Genauigkeit halber noch um die im letzten Vierteljahr Zugezogenen nach unten zu berichtigen wäre.

Wohnberechtigte Deutsche, 18 Jahre und älter

a) Absolute Zahlen

Geschlecht	1993	2000	2005
männlich	424 837	400 447	392 053
weiblich	497 219	479 219	473 310
Zusammen	922 056	879 666	865 363

b) in Prozent

männlich	46,1	45,5	45,3
weiblich	53,9	54,5	54,7
Zusammen	100	100	100

Bei den Jahreszahlen sind die Beträge zum Jahresende errechnet. Wichtig für das Verständnis der Übersicht ist die Richtung der Entwicklung in einer solch groben Übersicht. In nur sieben Jahren wird sich die wohnberechtigte Bevölkerungszahl in München um mehr als 42 000 Personen verringern, d. h. um knapp fünf Prozent, d. h. mehr als im letzten Jahrzehnt die Wahlberechtigtenanzahl, und danach wird die Entwicklung bis mindestens zum Jahr 2005 weitergehen, d. h. bis in heute nicht mehr zu ferne Zukunft. Die Geschlechtsstruktur wird sich weiter ändern und zwar hin zu einem noch höheren Frauenanteil, infolge der größeren Lebensdauer des weiblichen Geschlechts; diese Entwicklung bleibt selbst nach weitgehendem Ausfall des kriegsbedingten Mehrbestands an Frauen durch die inzwischen friedlichen Abgänge vom Bevölkerungsbetrag erhalten.

Die Konsequenzen für die Münchener Landtags- und Bundestagsmandate lassen sich nach Einarbeiten und Vergleich mit den entsprechenden Bevölkerungsstatistiken und Prognosen auf Landes- und Bundesebene prinzipiell leicht errechnen; die Richtung für Münchens Abgeordnetenanzahlen ist klar.

3.2 Die Wahlbeteiligung im Raum- und Zeitvergleich

Das Bearbeiten des nächsten Unterthemas in der Wahlstatistik, nämlich der Wahlbeteiligung, liefert ebenfalls interessante Aufschlüsse über Unterschiede wie Gemeinsamkeiten von verschiedenen Städten. Schon auf den ersten beiden Europawahlen fielen erheblich überdurchschnittliche Teilnahme in den Hansestädten und im Ruhrgebiet auf sowie in Hannover (s. Tabelle 7). In den weiter im Süden gelegenen Städten beteiligten sich die Wahlberechtigten nur unterdurchschnittlich, im Stadt- und erst recht im Bundesvergleich mit der hohen Motivation gerade auf dem „Land“; München bildete damals eindeutig das Schlußlicht, besonders bei der zweiten Europawahl. Das Nord-Süd-Gefälle in der Aktivierung des Wählerpotentials 1979 und 1984 ist unverkennbar und ebenso seine Umkehrung in den zwei nächsten Wahlen, ganz ausgeprägt bei der letzten. Durch offensichtliche Verhaltensänderungen der Wahlberechtigten in den beiden süddeutschen Vergleichsstädten, München und besonders Stuttgart, liegt nun die Teilnahme deutlich höher und die norddeutschen Solitärstädte stehen nun am Ende; auch die Ruhrstädte liegen inzwischen, mit der Ausnahme von Dortmund, unter dem Mittelwert. Auf die besonders hohe Motivierung der Münchener Wahlberechtigten wurde schon im Vorgängerartikel eingegangen; offensichtlich handelte es sich dabei auch nicht um einen einmaligen Effekt, sondern um eine fortbestehende Verhaltensänderung.

Die zyklischen Schwankungen der Wahlbeteiligung lassen sich in den untersuchten Großstädten genauso nachweisen wie in Bundesrichtung und auch die allgemeine Abwärtsrichtung im Trend seit der ersten Europawahl; es gibt allerdings einige Sonderfälle mit umgekehrter Entwicklung (Stuttgart, München) und einige besonders ausgeprägte Fälle wie die drei norddeutschen Vergleichsstädte. Unter den drei erstmals an der Europawahl teilnehmenden Städten findet sich eine mit weit überdurchschnittlicher, kaum höher als in den beiden Hansestädten jetzt. Im folgenden wäre noch zu untersuchen, wieweit sich solche typi-

schen oder auch die atypischen Stände und Entwicklungen der Wahlbeteiligung mit den Ergebnissen bestimmter Parteien verbinden. Hier ist allerdings noch einmal daran zu erinnern, daß zum selben Termin wie die Europawahl auch Kommunalwahlen in Baden-Württemberg stattfanden und eine Stadtratswahl in München; im Vergleich zu den alten Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland mit demselben Zusammenfallen von Wahltagen ist die Teilnahme in den beiden erwähnten süddeutschen Großstädten immer noch gering und in Nürnberg, wo es keine Kommunalwahl am 12. 6. 1994 gab, ist die Wahlberechtigtenmobilisierung sogar wieder gesunken, wenn auch kaum geringer als bei der ersten Europawahl.

3.3 Die Ergebnisse von Parteien

Üblicherweise interessieren die Anteile von Parteien am meisten, wenigstens deren Kandidaten, weil die Mandatsverteilungen und damit die von ihr bestimmten Gestaltungspotentiale von dieser wahlstatistischen Maßgröße abhängen und, zumindest in oberflächlichem Blick, unabhängig von der Wahlberechtigtenanzahl und der Wahlbeteiligung sind. Tabelle 8 enthält die absoluten wie die relativen Stimmabgaben für verschiedene Parteien; bei ihrer Auswertung soll, im Gegensatz zur üblichen Analyse, sich besonders auf die Entwicklung der absoluten Zahlen konzentriert werden, weil sich nur in dieser Maßzahl auch die Effekte von Änderungen in der Wahlberechtigtensumme und der Teilnahme auswirken, nicht aber in den herkömmlichen Stimmenanteilen. Allein auf diese Weise läßt sich erkennen, welcher Betrag vom Anfangsbestand Parteien noch verblieben oder umgekehrt zugewachsen ist, nach all den Änderungen, die sich durch natürliche Bevölkerungsbewegung, Zu- und Abwanderung, andere Wahlbeteiligung und letztlich auch geändertes Verhalten der Wähler ergeben haben. Ganz kurzschlüssig wäre es, von geänderten Parteiateilen auf andere Stimmabgabe einer feststehenden Wählerschaft zu schließen; gerade die Struktur der Wahlberechtigten- und Wahlteilnehmerschaft kann sich selbst bei unverändertem Verhalten der einzelnen Geschlechts-, Alters- und Sozialgruppen usw. geändert haben und dadurch im Zeitvergleich das Wahlergebnis verändert haben, so, wie das sinngemäß auch im Raumvergleich gilt. Die Einflußfaktoren auf die sehr grobe Maßzahl der Stimmanteile bestehen eben nicht nur im Raumvergleich, wie es zumindest

früher für die Unterschiede etwa zwischen Industriestädten und Bauerndörfern galt, sondern auch im Zeitvergleich für ein bestimmtes Gebiet; sie sind prinzipiell jedem auch nur etwas Kundigem bekannt, wenn auch hier in einem für die detaillierte Verhaltensanalyse viel zu kurzen Zeitraum und Artikel nicht zu bearbeiten, zumal sich Politiker ohnehin nicht für Kompliziertes interessieren sollen. Solche Faktoren gelten – das sei hier im Hinblick auf die innerörtliche Untersuchung in Kapitel 4 schon bemerkt – nicht nur auf überörtlicher Ebene, sondern aufgrund der viel stärkeren Wählerbewegungen und Altersunterschiede z. B. erst recht in kleinräumiger Betrachtung. Die Entwicklung im Zeitablauf und der überörtliche Vergleich braucht hier bei denjenigen Städten nicht mehr untersucht zu werden, die auch Bundesländer sind und deswegen schon im vorigen Kapitel behandelt wurden. Nun sei zuerst auf den Verlauf in der Gesamtheit der Vergleichsstädte eingegangen, vor dessen Hintergrund sich dann örtliche Sonderfälle wie weitverbreitete Allgemeinheiten erkennen lassen. Die beiden auf Bundesebene großen Parteien, CDU und SPD, mußten in der Summe der großen Großstädte weit stärkere Abgänge von ihren Ausgangsbeständen hinnehmen als im Bundesdurchschnitt. Während die Minderung der Stimmenanzahlen auf Bundesebene in beiden Fällen knapp 20 Prozent betrug – bei der SPD etwas weniger – nahm die CDU-Wählerschaft in den Vergleichsstädten um nicht weniger als 32,6% ab, d. h. um fast ein Drittel, und die SPD fand gar nur noch um 34,3% weniger Wähler. Umgekehrt besagt dieses gemeinsame Ergebnis, daß die beiden traditionellen Großparteien der alten Bundesrepublik in kleineren Städten und auf dem sog. „flachen Land“ noch relativ geringe Verluste zu verzeichnen hatten; hier blieben die Resultate, sei es infolge geringerer Änderungen in der Wahlberechtigtschaft oder im Verhalten der Wähler, noch einigermaßen erhalten; man könnte direkt sogar eine Kontrasttabelle zu dem Zahlenwerk für die großen Großstädte erstellen. Nach den starken Abgängen in den letzten 15 Jahren weist die CDU – auch – heute, wie stets in den vier Wahlen, in der Gesamtheit der Vergleichsstädte unterdurchschnittliche Stimmenanteile auf und die SPD hat statt einem positiven Unterschied von nicht weniger als 8,5 Prozent zum Bundesdurchschnitt anfangs inzwischen nur noch einen von 3,0% zur Kenntnis zu nehmen; dies gilt für eine Partei, die früher einmal als typische Großstadtpartei galt.

Definitionslogisch zwingend müssen die überstarken Rückgänge der beiden Großstadtparteien in den Vergleichsstädten mit geringeren Minderungen und

sogar überdurchschnittlichen Zugängen anderer Parteien verbunden sein; es zeigt sich auch schnell, bei welchen. An einer anderen Entwicklung bei der dritten der klassischen bundesdeutschen Parteien kann es nicht gelegen haben, denn die F.D.P. nahm in den großen Großstädten sogar noch stärker ab als auf Bundesebene, nämlich von 7,1 Prozentpunkten auf 4,3 oder um 39,4%, also mehr als auf dieser, wo nur ein Minderbestand von genau 30 Prozent zu verbuchen war. Heute ist diese Partei in den Vergleichsstädten nicht mehr in größerem Ausmaß vertreten als im Bundesdurchschnitt, im Gegensatz zu früher. Der mit den weit überdurchschnittlichen Abgängen der älteren bundesdeutschen Parteien zwingend verbundene Anstieg anderer muß also, wie man sich schon denken kann, mit den Zugängen neuerer und kaum mit einem (Netto-)Austausch innerhalb dieser Dreiergruppierung zu tun haben.

Die Gewinner in der Umschichtung der Wählerbestände lassen sich bei einem weiteren Blick auf die Tabelle 8 klar erkennen und auch das Entstehen von drei Wellen, in denen sich die verschiedenen Änderungen ausbreiteten. Die Grünen als die erste der größeren neuen Parteien konnten ihre Wählerschaft in den größeren Großstädten auf fast das Dreieinhalbfache erhöhen und so ihren Stimmenanteil in diesen noch stärker ausweiten als im Bundesdurchschnitt; sie sind aus diesem Grund immer noch als Großstadtpartei anzusprechen, wie ein eigener Stadt-Land-Vergleich noch genauer zeigen würde und weisen sogar den größten Untersuchungsstädte-Bundes-Unterschied aller Parteien auf. Weil diese Differenz bei der CDU unverändert negativ ist, ergibt sich aus diesem Zeitvergleich auch, auf wessen Kosten der Aufbau grüner Hochburgen im überörtlichen Rahmen netto gegangen sein muß, nämlich der Partei mit den überdurchschnittlichen Großstadtabgängen. Aufschlußreich wird es sein, später zu überprüfen, wieweit dieses Ergebnis auch auf kleinräumiger Ebene, im innerörtlichen Vergleich, gilt.

Die Republikaner, als die zweite Welle der Neuerungen im deutschen Parteiensystem, traten bisher auch in den Vergleichsstädten nur zweimal zur Europawahl an, was die Möglichkeiten eines Zeitvergleichs bei dieser Partei verkürzt. Die Tabelle zeigt jedoch einen im Vergleich zum Bundesergebnis beidesmal einen etwas höheren Stimmenanteil in den großen Großstädten als im Bundesdurchschnitt an. Dieser Unterschied ist jedoch allein auf die Anzahlen in ihrem Oberzentrum München und dem relativ sogar stärkeren Nebenzentrum Nürnberg zurückzuführen, was ein nicht zufälliges Resultat im Städtevergleich angesichts

ihres Ausgangslandes ist. Inzwischen bestehen bei ihnen ähnlich niedrige Vergleichsstädte-Bund-Unterschiede wie sonst nur bei der F.D.P., wobei allerdings die erwähnten starken überörtlichen Abweichungen zu beachten sind. Dem zeithistorisch interessierten Betrachter springt es sozusagen in die Augen, daß es sich um dieselben großstädtischen Schwerpunkte handelt, die eine andere Partei vor einem Menschenalter hatte; offensichtlich bestehen generationenübergreifend örtliche Strukturkonstanten im Wählerverhalten, aus denen sich dann auch die jetzigen „Hammerschläge gegen Bonn“ im Politikerverhalten ergeben.

Schließlich ist noch das Resultat der sonstigen Parteien in den untersuchten Vergleichsstädten dem auf Bundesebene gegenüberzustellen. Ihr Anschwellen als der dritten Welle war in den großen Großstädten im Betrachtungszeitraum sogar noch stärker als das der anderen über dieselbe Zeit vergleichbaren neueren, der Grünen, nämlich auf etwa das Sechsfache (vgl. die Graphik) in den Alt-Vergleichsstädten. Es hat sich damit ein, schon von Anfang an, höherer Stimmenanteil in den Untersuchungsstädten als im Bundesdurchschnitt ergeben, wenn auch nicht in großem Ausmaß verschieden. Die Analyse von Wahlergebnissen bestätigt also eine schon alte Erkenntnis der Kultursoziologie und Volkskunde, daß Änderungen in der Lebensweise zuerst in Großstädten ablaufen, während das „flache Land“ länger in hergebrachten Verhaltensweisen lebt. Wohl gemerkt dreht es sich in einer fachlichen Untersuchung nicht darum, ob man persönlich diese oder jene Änderung begrüßt oder ablehnt oder eine Konstanz in dieser oder jener Sache, sondern „nur“ darum, festzustellen, daß, im hier untersuchten Beispiel, die Entwicklungen in den Stimmenanteilen bestimmter Parteien zuerst und dann stärker – Abnahmen der älteren Parteien, Zunahme der neueren – in den Zentren sich einstellen, die großen Großstädte also eine Vorreiterfunktion ausüben.

Aufschlußreich i. S. eines Stadt-Umland-Vergleichs wäre ein Untersuchen der Frage, ob sich im Zeitablauf ringförmige Verlagerung von Parteiergebnissen um Städte ergeben, wie sie Fachkollegen vom Modell Thünenscher Ringe her bekannt sind oder im Alltagsleben vom Werfen eines Steins in ein Wasser. Im Beantworten solcher Fragen wäre im Münchener Fall, dem einer ausgeprägten Solitärstadt, an die in den siebziger Jahren durchgeführten Untersuchungen anzuknüpfen, was für die Kommunalwahlen 1990 im betreffenden Artikel des Amtes schon geschah. Im Städtevergleich braucht man nun nur noch danach zu

schauen, ob sich die Änderungen in den einzelnen Kommunen im Betrachtungszeitraum zu ungefähr gleicher Zeit abspielten und in ähnlicher Stärke oder nicht, ob also überörtliche Gemeinsamkeiten im Detail überwiegen oder Verschiedenheiten.

Die CDU hatte starke Bestandsminderungen gerade in den Großstädten zu verzeichnen, in denen sie anfangs überdurchschnittlich hohe Anteile erzielen konnte, nämlich in Köln und Düsseldorf, während die Rückgänge in der dritten und vierten Hochburg – Frankfurt a. M. und Stuttgart – knapp unter dem Mittelwert lagen. Es folgt schon aus dem Betrachten dieser Seite der Medaille, daß ihre Anteile in den Städten, wo sie zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Mittelwert lag oder nur schwach vertreten war, in verschiedenem Maß gesunken sein müssen, sondern teils unterdurchschnittlich, was für Hamburg und Bremen auch zutrifft, während in den Ruhrgebietsstädten die Schrumpfungen des ohnehin niedrigen Bestandes eher noch überproportional waren. Die Existenz von Schwächegebieten in den klassischen Industriestädten des Ruhrreviers blieb über den gesamten Zeitraum bestehen. Im Nord-Süd-Vergleich läßt sich für diese Partei am ehesten in bildlicher Veranschaulichung ein etwa C-förmiger Verlauf in den Wahlergebnissen, weniger eine eindeutige Neigung in dieser oder jener Richtung, erkennen.

Die SPD erfuhr in den Vergleichsstädten im Untersuchungszeitraum deutlich überdurchschnittlich starke Abgänge, wobei die Entwicklung in Hamburg ganz ausgeprägt verlief mit einer Reduzierung des Anfangsbestandes um fast die Hälfte als Extremfall; kaum geringer spielte sie sich in Frankfurt a. M. ab, was zu einem merklichen Zurückfallen hinter die CDU führte. Auch in Bremen und Hannover läßt sich eine überdurchschnittliche Abwärtsrichtung erkennen. In den Vergleichsstädten des nordrhein-westfälischen Industriegebiets – Köln und Düsseldorf hier eingeschlossen – stellten sich nur unterdurchschnittliche Minderungen ein wie auch in Nürnberg als alter Industriestadt. Für München schließlich läßt sich der im Betrachtungszeitraum geringste Rückgang beim SPD-Bestand beobachten; in dieser Stadt hatte die Partei allerdings bereits in der Zeit vor den Europawahlen – 1970 bis 1978, wie älteren Zeitschriftenjahrgängen des Amtes zu entnehmen ist – auf allen Wahlebenen die Erfahrung gemacht, die ihre Organisationen in verschiedenen anderen Vergleichsstädten erst später nachholten. München übte also in diesem Sinne eine eindeutige Vorreiterfunktion für die SPD im Städte- und Bundesvergleich aus. Im räumlichen Überblick über die SPD-Stimmenanteile

in den Vergleichsstädten lassen sich heute noch die klassischen Hochburgen im Ruhrgebiet feststellen, deren Abbau in den beiden Hansestädten und die für den Untersuchungszeitraum, teils auch schon länger, feststehende Funktion von Stuttgart, Nürnberg und München im Süden als Schwachpunkte. Solche Gebiete muß es, da sei noch einmal ein definitionslogischer Zusammenhang betont, bei räumlich ungleicher Verteilung immer geben, wenn es auf der anderen Seite auch Trutzburgen gibt.

Die CSU nimmt aufgrund ihrer Beschränkung auf Bayern nur in zwei Vergleichsstädten an Wahlen teil. In beiden Großstädten brauchte sie, im Vergleich zu den Großparteien auf Bundesebene, nur weit unterdurchschnittliche Rückgänge in den Stimmenanzahlen zu verbuchen, was allerdings auf eine eindeutige Trendwende im Jahre 1994 zurückzuführen ist; vorher war ihre Abwärtsentwicklung ähnlich wie bei der SPD, was auf den damaligen Minderungen in München beruhte. Bei der CSU ist die Abnahme in den beiden Vergleichsstädten sogar geringer ausgefallen als in ihrem gesamten Verbreitungsraum – ein einmaliger Sonderfall unter den Parteien –, was höhere Verluste am Bestand außerhalb dieser zwei Gebiete aufzeigt. Für die F.D.P. als die kleinste der klassischen bundesdeutschen Parteien erbringt die Städteübersicht, daß ihr im Parteien- und Bundesvergleich überstarker Rückgang in den großen Großstädten im besonderen Maße auf die Abgänge in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Hannover und Nürnberg zurückzuführen war; selbst in ihrer alten Hochburg Stuttgart mußte sie schwere Abschläge hinnehmen.

Als erste der neueren Parteien war bei den Grünen ein Frühstart in Stuttgart und Bremen zu beobachten, während ihre Ergebnisse 1979 sonst nur im Durchschnitt lagen und oft unterdurchschnittlich waren. Ihr starker Anstieg 1984 in den Vergleichsstädten trat besonders durch den in Hamburg ein, daneben auch noch durch den Zuwachs in München, Köln und Bremen. Bei der dritten Europawahl war die Entwicklung uneinheitlich; einer kräftigen Zunahme in München, allerdings als Einzelfall, war sogar eine Abnahme in Hamburg gegenüberzustellen und vergleichsweise geringe Mehrungen in den anderen Vergleichsstädten, sogar ein Rückgang in ihrem Schwachpunkt Duisburg. Die letzte Europawahl brachte die Spitzengruppe im parteiinternen Vergleich an Frankfurt und Bremen sowie, kaum weniger, an Köln, während sie in München jetzt nur noch unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnten;

auch im Ruhrgebiet lassen sich über die Jahre allein Schwächen erkennen. Schwerpunkte in den Vergleichsstädten sind am ehesten an der Rheinschiene zu finden.

Bei den Republikanern findet sich eine im Parteienvergleich ungewöhnliche Ballung der Stimmenanzahlen in München und Nürnberg, daneben auch noch in Stuttgart, was Kennern der regionalen Stärken und Schwächen dieser Partei keine Überraschung sein kann; das Süd-Nord-Gefälle ist unverkennbar.

Die sonstigen Parteien weisen innerhalb des von Anfang an stimmberechtigten Gebiets eine von einem sehr gleichmäßigen Beginn in den Vergleichsstädten zunehmend differenzierte Entwicklung auf; ihren Hochburgen in Hamburg, München, Frankfurt a. M. stehen Senken in den meisten anderen Großstädten gegenüber, mit der Ausnahme eines im Städtevergleich genau mittleren Ergebnisses in Stuttgart. Eine einheitliche Richtung im Nord-Süd-Vergleich läßt sich für sie nicht feststellen, am ehesten noch eine Häufung in Städten, die nicht zu den klassischen Industriestandorten der Bundesrepublik zählen.

Als Gesamtergebnis aus dem Städtevergleich folgt, daß die bekannten überdurchschnittlichen Verluste von SPD und F.D.P. in Großstädten auf die Gewinne der neueren Parteien zurückzuführen sind, nicht etwa auf Bestandszuwächse der CDU als weiterer älterer Partei; dem Mehr einer Partei steht in umgekehrter Sicht und Formulierung das Minder einer anderen gegenüber. Diese Folgerung ist der fachliche Schluß aus den Zahlen der Wahlstatistik; auf welche Faktoren solche Bestandsänderungen in dieser oder jener Richtung zurückzuführen sind, kann Thema von Diskussionen an Versammlungsplätzen sein.

Fachlich könnte man die Untersuchung der zahlenmäßig zum Ausdruck zu bringenden Bestimmungsfaktoren von Bestandsbewegungen (natürliche, Wanderungen, Wahlbeteiligung, andere Verhaltensänderungen) durch das Verfahren der Faktorenzerlegung weiterführen, in dem Gesamteffekte auf einzelne Impulse aufgeteilt und damit zurückgeführt werden; mit einer solchen, Studenten aus statistischen Grundveranstaltungen bekannten, Methode gelangt man aber an die Grenze einer populärwissenschaftlichen Arbeit. Im zweiten Teil, im nächsten Heft der „Münchener Statistik“, soll aus dem genannten Grund die innerörtliche, d. h. kleinräumige, Analyse der Wahlzahlen nach Stadtbezirken in den hier gemachten Schritten und mit den hier angewendeten Verfahren erfolgen.

Dipl.-Ökonom Dr. Hans-Walter Kreiling